

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 15. Januar 1931

Publ. in: Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Mexico an der Jahreswende.

(Von unserem Korrespondenten)

SPD. Mexico City, im Januar (Eig. Ber.)

Das erstemal seit einem Jahrzehnt, ja zum erstenmal seit dem Beginn der revolutionären Sturm- und Drangperiode im Jahre 1910, kann Mexico am Jahresende 1930 auf ein Jahr ununterbrochenen Friedens und stetigen Aufbaus zurückblicken. Mexico hat im vergangenen Jahre nur wenig von sich hören lassen, und wenn die alten, im Auf und Ab mexicanischen Lebens gehärteten Begriffe als Richtschnur gelten können, dann müssen keine Neuigkeiten aus Mexico als gute Neuigkeiten gewertet werden. Was für die Vergangenheit und die Gegenwart gilt, gilt nicht minder für die Zukunft. Das kommende Jahr eröffnet Ausblicke, wie sie die von hochmütigen Fremden jahrhundertlang ausgebeuteten und in 18 Revolutionsjahren schwer heimgesuchten mexicanischen Volksmassen wohl niemals gekannt haben.

Die Aufgaben der seit März im Amte befindlichen Verwaltung des Präsidenten Pascual Ortiz Rubio drehten sich in erster Linie um Wirtschaftsprobleme und um die endgültige Stabilisierung des notdürftig hergestellten wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichts des Landes. Hand in Hand damit ging die Klärung und Lösung der zahlreichen Probleme, die die Revolution zwar aufgeworfen, aber nur unbefriedigend beantwortet hatte. In anderen Worten, es kam darauf an, den Phrasen- und Tatsachenschutt jahrelanger Bürgerkämpfe hinweg zu räumen und an seine Stelle ein wohnliches Gebäude für alle Klassen der mexicanischen Nation zu setzen.

Dieser Bau, dessen Fundamente unter der weitsichtigen Präsidentschaft von Calles gelegt worden waren, ist jetzt um ein beträchtliches Stück seiner Vollendung näher gebracht worden. Die Ortiz Rubio-Regierung sah sich gleich von Anfang an vor zwei Probleme gestellt, mit denen sie fertig werden musste, wollte sie nicht das Land bis in seine Grundfesten erschüttern und die staatliche Autorität von neuem gefährden. Beide Probleme, die Arbeitergesetzgebung und die Agrargesetzgebung, konnten überdies nicht aufgeschoben und umgangen werden, da mit ihrer Lösung die Fragen mexicanischer Aussen- und Wirtschaftspolitik aufs engste verbunden waren. Die mexicanische Arbeitergesetzgebung war in ihren sozialen Vorschriften und Garantien lange ein Musterbild moderner Arbeiterfürsorge. Aber in dieser moralischen Stärke liegt gleichzeitig auch ihre praktische Schwäche. Ein derartiger hoher Gesetzesstandard musste natürlich auf den erbitterten Widerstand der Unternehmerkreise und der Industriellen stossen, die sich zum grössten Teile aus landfremden Elementen zusammensetzen und den Bestrebungen der mexicanischen Revolution an und für sich mit unverhüllter Abneigung gegenüberstehen. Es kam hinzu, dass die massgebenden amerikanischen Industriellen für eine Arbeitergesetzgebung irgendwelcher Art nicht einmal in ihrem eigenen Lande, geschweige denn in einem fremden "zurückgebliebenen" Lande etwas übrig haben. So waren Konfliktmöglichkeiten gegeben, die mit dem Auflodern neuer Flammen in Mexico enden mussten.

Die Regierung sah sich angesichts dieser Alternative und der Tatsache, dass das wirtschaftliche Schwergewicht Mexicos immer mehr nach dem amerikanischen Norden neigt, zum Nachgeben gezwungen. Die einzelnen Bestimmungen der Arbeitergesetzgebung sind im Interesse des Kapitals so weitgehend abgebaut und eingeschränkt worden, dass sie heute nur noch ein schwacher Schatten der sozialen Hoffnungen und Gedanken der revolutionären Vorkämpfer Mexicos sind. Das selbe gilt in noch schärferem Masse für die Agrargesetzgebung, bei der jedoch das letzte Wort keineswegs gesprochen ist. Es ist wohl richtig, dass manche Abänderungen der Agrargesetzgebung nur zu berechtigt waren und den veränderten Machtverhältnissen und dem amerikanischen Druck entsprachen. Nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, dass das öffentliche und staatliche Leben Mexicos in seiner Landwirtschaft wurzeln und dass der mexicanische Bauer aus politischen Tagesnotwendigkeiten heraus nicht ohne weiteres übergangen werden darf; Mexico wird an seiner Agrargesetzgebung noch manche harte Nuss zu knacken haben.

Aussenpolitisch sind die Wege Mexicos im schönsten Gleichmass verlaufen. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind nie wärmer gewesen als jetzt, wo Morrow seinen Botschafterposten an seinen Vertrauten Reuben Clark abgetreten hat und dafür in die Arena hoher amerikanischer Innenpolitik getreten ist. Was auch die politische Zukunft Morrows sein mag, Mexico hat sich in dem ehemaligen Partner Morgans, der in wenigen Jahren auf dem amerikanischen Präsidentensessel sitzen mag, einen warmen Freund und entschiedenen Förderer erworben.

Aber es wäre falsch, alles, was sich heute in Mexico abspielt, im rosigen Lichte zu sehen. Wenn es auch zutrifft, dass das Jahr 1930 friedlich verlaufen ist und sogar durch den ersten Jahrestag der friedlichen Beilegung des Religionskonflikts eine imponierende Note bekam, so kann doch nicht geleugnet werden, dass innerpolitische Gegensätze ihr Wörtlein hatten. Dabei handelte es sich jedoch nicht um Fragen, die die Volksmassen angingen und ihre Wohlfahrt unmittelbar betrafen, sondern um Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Gruppen, die in der machtvollen Regierungspartei, der von Calles geschaffenen Partido Nacional Revolucionario, ein gemeinsames Strombett gefunden hatten. Der Konflikt fand im Oktober seinen Höhepunkt in einer Kabinettskrise, die jedoch durch das energische Eingreifen des im Hintergrunde stehenden Ex-Präsidenten Calles überraschend schnell gelöst wurde. Genau gesehen, war es ein Sturm im Wasserglase, der in der politischen Beseitigung des Wirtschaftsministers Luis Leon, des Präsidenten der Regierungspartei Emilio Portes Gil und des Privatsekretärs des Präsidenten Ortiz Rubio, Hernando Chazaro, gipfelte. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, dass Calles diese drei Persönlichkeiten, darunter einen Ex-Präsidenten, als innere Feinde bezeichnete, von denen die Verwaltung und die Regierungspartei gesäubert werden musste.

So wandert Mexico mühselig seinen Aufwärtspfad, an dessen Ende die Konsolidierung seiner Verhältnisse und die Einnahme des Postens steht, zu dem die Republik dank ihrer kaum angeschürften Wirtschaftskräfte berechtigt ist. Auch Mexico spürt die Weltwirtschaftskrise und versucht mit ihr durch drastische Mittel und die Uebertragung ausserordentlicher Vollmachten an die Regierung fertig zu werden. Der mexicanische Aussenhandel ist zurückgegangen, die Silberwährung durch den Fall der Silberpreise ernstlich erschüttert, die einheimischen Industrien stehen vor schweren Krisen, die durch veraltete Produktionsmethoden noch verschärft werden. Aber gemssen an den Leiden, die Mexico jahrelang durchmachen musste, wird die Wirtschaftskrise als eine Erscheinung betrachtet, mit der man so oder so fertig werden wird. Es ist dieser Geist der Zähigkeit und des neuen Optimismus, der auf Mexicos grosse Zukunft hoffen lässt.

SPD. Das Schiedsgericht der Wirtschaftspartei, das am Donnerstag in Berlin tagte, hat sich den Spass geleistet, den Reichstagsabgeordneten Colosser aus der Wirtschaftspartei auszuschliessen, obwohl er dieser Partei bereits 24 Stunden vorher den Rücken gekehrt hat. Wie man jemanden aus einer Partei ausschliessen kann, der er längst nicht mehr angehört, bleibt das Rätsel des Schiedsgerichts der Wirtschaftspartei. In dieser Organisation scheint nichts unmöglich.

Colosser selbst bezeichnet den Spruch des Parteischiedsgerichts mit Recht als "Affentheater". Im übrigen, so erklärt er, sei bemerkenswert, dass der Beschluss des Parteischiedsgerichts sich wieder nur daran klammere, dass die Angriffe gegen Drewitz in die Presse gelangten. Der Beschluss vermeide aber ängstlich eine Feststellung darüber, ob etwa die von ihm, Colosser, aufgestellten Anschuldigungen unwahr seien und er aus diesem Grunde aus der Partei auszuschliessen wäre.

+ + +

Die sächsische Organisation der Wirtschaftspartei hat sich inzwischen mit den Verbänden dieser Organisation von Thüringen, Hessen und Rheinland-Westfalen zum Zwecke eines engeren Zusammenschlusses in Verbindung gesetzt. Es ist zu erwarten, dass die betreffenden Landesverbände der Parteileitung der Wirtschaftspartei ebenfalls die Gefolgschaft kündigen.

SPD. Paris, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Die erste Arbeitssitzung der Kammer begann am Donnerstag in ruhigster Stimmung. Die Tardieu-Opposition, die alles auf eine gross angelegte Offensive gegen die Regierung Steeg vorbereitet hatte, hat sich im letzten Augenblick eines besseren besonnen. Ihre Interpellationsanträge über den Oustric-Skandal sind alle zurückgezogen oder vertagt worden.

Kammerpräsident Bouisson eröffnete die Sitzung mit einer Begrüssungssprache, in der er der Kammer zunächst für das bei seiner fünften Wiederwahl ausgesprochene Vertrauen dankte. Dann gab Bouisson einen kurzen Ueberblick über die innerpolitischen Tagesprobleme und sprach sich besonders eingehend über die Wirtschaftskrise aus. Im Vergleich zu anderen Ländern habe Frankreich noch nicht allzu sehr darunter zu leiden, doch sei auch für Frankreich die Zeit der wirtschaftlichen Prosperität vorbei. Schon jetzt habe die Kammer einige Notstandsmassnahmen beschliessen müssen und der Fünfjahresplan werde weiter dazu beitragen, der Wirtschaft den nötigen Anstoss zur Ueberwindung der Krise zu geben. Zur Aussenpolitik übergehend betonte Bouisson, dass die Friedenspolitik Briands und der Gedanke der Europa-Föderation überall Zustimmung gefunden hätte. Obwohl die Führung der französischen Aussenpolitik durch gewisse Ereignisse jenseits der Grenze sehr viel schwieriger geworden sei, habe Frankreich weder Nervosität noch Ungeduld gezeigt.

Nach einer eingehenden Debatte, in der sich vor allem der ehemalige Kriegsminister Maginot unrühmlich auszeichnete, beschloss die Kammer die Entlassung der beiden kommunistischen Abgeordneten Marty und Duclos aus dem Gefängnis. Das Stimmenverhältnis zeigte deutlich, dass die Reaktion vergeblich versucht hatte, aus dieser rein parlamentarischen Frage eine politische Angelegenheit zu machen. Trotzdem gelang es der Regierungsmehrheit, 270 Stimmen gegen 258 der Opposition aufzubringen.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde am Donnerstag die Debatte über die finanzpolitische Lage Deutschlands fortgesetzt.

Abg. Cremer (DVp) hielt eine lange Rede, in der er sich wiederholt sehr scharf gegen die Regierung wandte. Er erklärte einleitend, dass die Rede des

Reichsfinanzministers ihn und seine Freunde aufs höchste befremdet hätte und er es für durchaus falsch halte, dass Dr. Dietrich sich lediglich darauf beschränkt habe, ein Bild der Finanzen zu geben. Selbst dieses sei seiner Ansicht nach nicht richtig und werde noch viel ungünstiger werden als Dietrich es angenommen habe. Es sei notwendig, die Finanzen in engste Beziehung zu der gesamten Reichspolitik zu stellen und sie in diesem Rahmen zu betrachten. So setze die Frage einer Revision des Young-Plans die Bereinigung der Reichsfinanzen voraus. Keine Reichsregierung könne mit irgend einer ausländischen Regierung in Verhandlungen über Änderungen im Young-Plan eintreten, wenn nicht absolute Sicherheit dafür sei, dass die Reichsfinanzen in sich in Ordnung seien, und der ausländische Kapitalmarkt nicht in Anspruch genommen zu werden brauche. Die Finanzpolitik sei nicht, wie der Reichsminister seiner Rede nach angenommen habe, ein Ding für sich, sondern nur ein Teil der allgemeinen Innen- und Aussenpolitik.

Auch den Äusserungen des Ministers bezüglich der Gemeinden sei nicht zuzustimmen. Man habe zwar den Gemeinden neue Einnahmequellen eröffnet, aber viel Gemeinden könnten sie nicht durchführen und wo sie durchgeführt wären, würden sie nicht die erhofften Beträge bringen, ganz abgesehen davon, dass auf der anderen Seite dadurch die Reichseinnahmen gedeckt werden. Viel wichtiger als die Erschliessung neuer Einnahmequellen für die Gemeinden sei es, den stärksten Druck auf die Gemeinden bezüglich einer Einschränkung ihrer Ausgabenwirtschaft zu üben. Der Widerstand mancher rheinischer Oberbürgermeister, die in Köln und anderen Städten ungeheure Bezüge hätten, auf freiwillige Senkung dieser Bezüge würde in der gesamten Öffentlichkeit nicht verstanden. Wie könne man bei den kleineren Beamten Verständnis für die Notwendigkeit von Gehaltskürzungen erwarten, wenn von den Spitzen derart wie in Köln vorgegangen werde. Die deutsche Volkspartei verlange auch, dass der Reichsfinanzminister in seinen Bestrebungen nicht vor dem Arbeitsministerium Halt mache. Die Sozialpolitik müsse gezwungen werden, sich anzupassen an die Möglichkeiten der Finanzpolitik. Die Deutsche Volkspartei werde ihre weitere Mitarbeit am Haushalt davon abhängig machen, dass im Plenum in klarer gesetzgeberischer Form die Einsparung des eventuellen Fehlbetrages, von dem der Minister gesprochen habe, auf der Ausgabenseite erfolge. Es werde auch notwendig sein, dass der Minister Aufklärung gebe über die von ihm in Süddeutschland entwickelten Pläne bezüglich einer Einschränkung der Arbeitslosigkeit. "Ist es wahr, - so fragte Dr. Cremer - dass der Plan bestehe, pro Kopf eines neu einzustellenden Arbeiters im betreffenden Betrieb tausend Mark Zuschuss zu zahlen unter der Verpflichtung, dass der Arbeiter mindestens ein Jahr beschäftigt werde? Wie steht es mit dem auch in der Öffentlichkeit ventilierten Projekt, durch Bereitstellung von 750 Millionen öffentliche Arbeiten in Gang zu setzen. Wie will der Minister diese 750 Millionen beschaffen?"

Abg. Dr. Hilferding (Soz)

erhob haushaltsrechtliche Bedenken, ob die Niederschlagung der an die Reichsbahngesellschaft und an die Arbeitslosenversicherung gegebenen Darlehen allein durch die Reichsregierung möglich sei oder ob nicht vielmehr die Regierung beim Reichstag Indemnität nachsuchen müsse. Der Fehlbetrag des deutschen Haushalts für 1931 werde sich etwa in Höhe von 1200 Millionen RM bewegen, nicht nur, wie veranschlagt, in Höhe von 900 Millionen RM. Dieser Ausfall werde sich so verteilen, dass die Länder und Gemeinden einen Ausfall von rund 400 Millionen und die Knappschaften einen Ausfall von 125 Millionen haben würden. Bei den Knappschaften entstehe die grosse Frage, wie dieser Ausfall gedeckt werden solle. Die Leistungen der Knappschaft seien schon so stark gedrosselt, dass eine weitere Drosselung im Interesse der schwerarbeitenden Bergarbeiter nicht mehr möglich sei. Andererseits lasse die jetzige Beitragshöhe eine weitere Steigerung nicht zu. Es erweise sich also die Aufstellung eines Planes über die Sanierung der Knappschaften als notwendig. Was die Gemeindefinanzen betreffe, so sei es für den Aussenstehenden sehr schwierig,

sich ein ganz genaues Bild darüber zu machen. Manches im Bilde der Gemeindefinanzen verstimme; es sei nicht zu verantworten, dass die Bezüge der Gemeindebeamten immer noch nicht der Reichsbesoldungsordnung angeglichen worden seien. Trotzdem aber müsse man sich mit Ernst und Sorgfalt die Frage vorlegen, ob die Gemeinden einen so grossen Ausfall, wie er für 1931 zu erwarten sei, auch vertragen könnten. Man müsse mit einem Rückgang der Gemeindesteuern von ungefähr 10 v.H. rechnen, was für die Gemeinden für 1930 eine Mindereinnahme von etwa 270 Millionen bedeuten würde. Demgegenüber stände die Erhöhung der Wohlfahrtserwerbslosen um etwa 350 000 auf vielleicht bis April 1931 750 000 bis 800 000, die von den Gemeinden zu versorgen seien; hierfür müsse man eine Ausgabe von etwa 600 Millionen RM schätzen, also etwa 400 Millionen mehr als in den Haushalt eingesetzt seien. Der Gesamtfehlbetrag der Gemeinden im Jahre 1930 betrage etwa 750 Millionen RM. Diesem Defizit ständen die neuen Steuern aus der Notverordnung gegenüber, die etwa 180 bis 200 Millionen RM ergäben. Es sei wohl nicht zu pessimistisch, anzunehmen, dass die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sich im Jahre 1931 noch erhöhen werde. Das bedeute für die Gemeinden einen Mehraufwand von etwa 500 Millionen RM. gegenüber dem ursprünglichen Ansatz von 1930. Dadurch werde das Defizit der Gemeinden für 1931 auch über 1100 Millionen RM erhöht. Von diesen 1100 Millionen könnten etwa 400 Millionen durch die Steuereingänge aus der Notverordnung und 200 Millionen durch Ersparnisse durch die Gehaltssenkung gedeckt werden. Von dem verbleibenden Fehlbetrag von 500 bis 550 Millionen könnten 200 Millionen durch Einsparungen, die leider gerade kultur- und sozial-bedeutsame Aufgaben betreffen, eingeholt werden, weiter 100 Millionen aus dem Hauszinssteuerfonds. Es gehe nicht an, die Sache der Gemeindefinanzen isoliert zu betrachten; sie sei auch eine Sache des Reiches. Man werde wohl nicht darum herumkommen, dass ein Teil der Lasten der Wohlfahrtsfürsorge den Gemeinden abgenommen und auf Reich und Länder verteilt werden müsse. Man könne natürlich am Reichsetat noch sparen. Die sozialdemokratischen Anträge zielten auf weitere Einsparungen, auch bei der Reichswehr und der Reichsmarine, hin. Gegebenenfalls werde man auch bei Luftfahrtsubventionen noch einige Abstriche vornehmen können. Angesichts der Not der Gemeindefinanzen seien aber die vom Reichsfinanzminister angekündigten Senkungen der Realsteuern usw. recht problematisch.

Abg. Dr. Schlittenbauer (Bayer.Vp.) warf die grundsätzlichen Fragen auf, ob das System der übermässigen Zentralisierung der öffentlichen Finanzen gesund und auf die Dauer erträglich sei. Das Reich werde finanziell niemals gesund, solange es sich selbst mit der Verpflichtung belastet, für die Länder und die Gemeinden den Finanzvormund zu spielen.

Reichsfinanzminister Dietrich wies auf die Sorgen hin, die jetzt auch in Amerika in der Haushaltslage bestehen: Zum ersten Male werden dort jetzt die Reparationszahlungen zur Bilanzierung des Etats verwandt und trotzdem ist immer noch ein Defizit vorhanden. Ähnlich steht es in England, wo die Steuern in ganz ungewöhnlichem Masse angezogen werden mussten. Dass die Etatswirtschaft Italiens sich in Nöten befindet, ist auch allgemein bekannt. Wenn man dies alles bedenkt, so wird man die Schwierigkeiten Deutschlands, seine Finanzen in Ordnung zu halten, verstehen. Vor allem muss man sich davon hüten die Dinge allzu sehr schwarz in schwarz zu schildern; denn solche schwarzseherischen Reden tragen nur dazu bei, die Psychose zu verstärken, die jede Unternehmungslust erstickt. Was die Zukunft anbetrifft, so hat naturgemäss niemand die Entwicklung der Dinge in der Hand. Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, ob es besser oder schlechter wird. Jedenfalls kann man keinerlei ernstliche Belege für die eine oder andere Richtung vorbringen. Nur eines ist sicher; dass alle Krisen, also auch die gegenwärtige, einen wellenförmigen Verlauf nehmen und dass deshalb die jetzt bestehenden Zustände nicht ewig bleiben können. Es fragt sich nur, ob wir uns noch auf dem Wege zum Tiefpunkt befinden, oder ob wir bereits den Tiefpunkt überschritten haben. Jedenfalls wird ein vernünftiger gemässiger Optimismus uns helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Jede weitere Erhöhung der Realsteuern muss verhindert werden. Die Besoldung der Gemeindebeamten gibt in vielen Fällen zu Bedenken Anlass. Es steht in einem merkwürdigen Widerspruch zu der Finanznot der Gemeinden, wenn zu hoch bezahlte hohe Beamte der Gemeinden sich weigern, bei der Gehaltsverringerung mit gutem Beispiel voranzugehen. Wenn die Reichsregierung einen Weg gehabt hätte, die höhere Besoldung der Gemeindebeamten auf das Reichsmass herabzusetzen, so wäre das geschehen. Der volksparteiliche Abg. Dr. Cremer hat erklärt, dass es Aufgabe der Reichsregierung sei, Vorschläge für Sparmassnahmen am Reichsetat zu machen. Die Reichsregierung hat bewiesen, dass sie gewillt ist, die Führung in der Hand zu halten. Aber sie kann verlangen, wenn ziffernmässige Sparvorschläge gemacht werden, dass man ihr wenigstens Anhaltspunkte gibt, an welchen Stellen diese Einsparungen erfolgen sollen. Bei den starken Einsparungen, die die Reichsregierung am Etat 1931 bereits vorgenommen hat, sehe ich zunächst keine Möglichkeit, weitere 500 Millionen, wie es die Volkspartei verlangt, abzusetzen. Die Volkspartei sagt allerdings, der Betrag soll insgesamt an allen Etats, auch indirekt den Etats der Länder und Gemeinden abgesetzt werden.

Inbezug auf die Arbeitsbeschaffung betonte der Minister, dass er in Stuttgart seine vorschläge nicht in der apodiktischen Form gemacht habe, wie es nach der Presse scheine. Zum Beweise dessen verlas er aus dem amtlichen Bericht über seine Stuttgarter Rede einzelne Stellen. Der zuständige Minister Stegerwald prüfe zurzeit die Sache und werde dem Reichstag zu gegebener Zeit darüber berichten. Die Angaben Dr. Hilferdings, dass um den Aufwand für 700 000 Wohlfahrtserwerbslose 1930 die Gemeinden mehr belastet seien, sei zunächst insofern nicht richtig, als mit dieser Zahl nicht als Durchschnittszahl für das ganze Jahr gerechnet werden könne, sondern diese Zahl nur am Ende des Rechnungsjahres vorhanden sei. Ausserdem hätten die Gemeinden Ansätze hierfür im Etat. Das Reich könne nicht für die Gemeinden sorgen, denn die Gemeinden seien Organe für sich. Jedenfalls sei jetzt der Zeitpunkt völlig verfehlt, um einen Generalplan für die Sanierung der Gemeinden aufzustellen. Eine solche Sanierung sei auch nicht in allen Teilen des Reiches notwendig, da es Teile gebe, in denen die Gemeinden durchaus gesunde Finanzen hätten. Die Gemeinden müssten in erster Linie unter eigener Verantwortung handeln.

Abg. Ersing (Ztr) protestierte auf das schärfste gegen die journalistische Aufmachung der Mittwoch-Rede des Finanzministers in einem Teil der Berliner Presse. In der Presse sei es so dargestellt worden, als ob ein neues Defizit von einer Milliarde zu verzeichnen sei, während die Entwicklung im Jahre 1930 zu den bisher genannten 900 Millionen und auch nur möglicherweise einen weiteren Fehlbetrag von 100 Millionen erbringen werde. Das Elend, das durch eine solche Berichterstattung in Deutschland hervorgerufen werde, sei so gross, dass man sich überlegen sollte, ob die Regierung nicht gegen eine solche sensationelle und unwahre Berichterstattung einschreiten sollte. Wenn der Fünfjahresplan in Russland so kritisiert worden wäre wie in Deutschland die Finanzpolitik des Reiches, würden solche Berichterstatter einfach aufgehängt werden.

Weiterberatung Freitag.

SPD. Prag, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Bürgermeister von Haida in Nordböhmen hat die Vorführung des Remarque-Films untersagt. Das Verbot erfolgte auf Veranlassung der Deutschnationalen und Hakenkreuzler, die sich in ihrem Patriotismus getroffen fühlten. Haida ist die einzige Stadt in der Tschechoslowakei, in der die Vorführung des Films verboten wurde.

In Karlsbad wurde ein Kinobesitzer, der den Remarque-Film vorführen wollte

so mit Drohbriefen bearbeitet, dass er von der Vorführung Abstand nahm. In Prag haben mehrere deutsche Vereine beschlossen, die Kinobesitzer in den deutschen Städten der Tschechoslowakei vor der Aufführung des Remarque-Films zu warnen.

Aus Wien werden in den nächsten Tagen 20 000 Personen der Vorführung des Remarque-Films in Pressburg beiwohnen. Die Wiener werden in Extrazügen nach Pressburg befördert.

SPD. München, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Fall des Kaufmanns Tetzner, der im November 1929 auf der Fahrt nach Regensburg sein Auto mit einem unbekanntem Insassen verbrannte um in den Besitz einer hohen Versicherungssumme zu gelangen, nähert sich endlich seinem gerichtlichen Abschluss. Der Staatsanwalt hat die Anklageschriften fertiggestellt. Tetzner ist darin des Mordes, eines Mordversuches und eines Versicherungsbetruges angeklagt, seine Frau der Begünstigung des Mordes, die aber, weil sie schon vor der Tat ihres Mannes erfolgte, nach dem Gesetz als Beihilfe zum Mord anzusehen ist. Dem Angeklagten wird ein Pflichtverteidiger gestellt werden.

Der Termin zu der Schwurgerichtsverhandlung in Regensburg, zu der sich zahlreiche Vertreter der Presse des In- und Auslandes angemeldet haben, ist noch nicht festgesetzt.

SPD. Apolda, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

In Thüringen gibt es seit der Herrschaft des Putschisten Frick zweierlei Recht. Hier ein neuer Beweis dafür.

Die hiesigen Nationalsozialisten hatten für Donnerstag eine Versammlung angekündigt. Die republikanischen Organisationen beriefen daraufhin ebenfalls eine Kundgebung ein, die auf einem öffentlichen Platz in der Nähe des Versammlunglokals der Nationalsozialisten stattfinden sollte. Es war also der gleiche Vorgang zu verzeichnen wie wenige Tage zuvor in Weimar, wo die Nationalsozialisten nach der Einberufung einer republikanischen Veranstaltung sofort eine Kundgebung in der Nähe des von den Republikanern gemieteten Lokals einberiefen und so dem nationalsozialistischen Polizeidirektor eine Handhabe zum Verbot der republikanischen Versammlung gaben. In Weimar wurden schließlich beide Veranstaltungen unter dem Hinweis verboten, dass durch sie die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört werde. In Apolda aber hat die Polizei nicht etwa ebenfalls beide Versammlungen, sondern nur die Veranstaltung der Republikaner verboten, indem sämtliche Ansammlungen auf dem für die republikanische Veranstaltung vorgesehenen Platz für Donnerstag abend untersagt worden sind. Die Versammlung der Nationalsozialisten durfte dagegen stattfinden.

SPD. Der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten hatte in einer vor einiger Zeit unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Meyer abgehaltenen Sitzung in einer Berufungsangelegenheit gegen einen Polizeibeamten zu verhandeln, der an einer öffentlichen Veranstaltung des "Stahlhelm" als Tambourmajor in Stahlhelmkleidung teilgenommen hatte. Der Disziplinarhof ist der Entscheidung der ersten Instanz des Disziplinargerichts der Regierung in Oppeln beigetreten und hat deren Urteil auf Strafversetzung und Kürzung des Dienstehaltens um eine Gehaltsstufe aufrechterhalten. Aus der Urteilsbegründung des Disziplinarhofs wird amtlich mitgeteilt :

"Aus der Reichsverfassung ergibt sich, dass grundsätzlich auch den Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung zusteht. Die Ausübung dieses

Rechts darf aber bei einem Beamten nicht über die ihm durch sein Dienstverhältnis zum Staat gezogenen Grenzen hinausgehen. Dieses Dienstverhältnis verpflichtet die Beamten zur Treue und zum Gehorsam gegenüber dem Staat und verbietet ihnen, von dem Recht der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung einen gleich weiten Gebrauch zu machen wie es jedem andern Staatsbürger gestattet ist, der nicht unter dem Zwange der im öffentlichen Interesse unerlässlichen Dienstzucht steht. Das Amt umfasst die Gesamtpersönlichkeit des Beamten, er ist niemals nur Privatmann. In allen seinen Handlungen und ausserhalb seines Dienstes muss der Beamte sich bewusst sein, dass das Amt ihn bindet, sich stets auch in der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte diejenige Mässigung und Zurückhaltung aufzuerlegen, die durch seine Stellung als Diener der Gesamtheit und durch das Ansehen seines Amtes bedingt ist... Der Beamte ist verpflichtet, auch ausserdienstlich sich so zu verhalten, dass jede Missdeutung seiner Handlungsweise und jeder Zweifel an seiner Zuverlässigkeit ausgeschlossen ist."

In dem Urteil wird weiter festgestellt, dass der vorgesetzte Minister ohne weiteres berechtigt sei, die ihm unterstellten Beamten auf die ihnen obliegende Beschränkung in Ansehung ihrer politischen Betätigung hinzuweisen und dass somit die Ministerialerlasse vom 8. Dezember 1921 und vom 23. Juli 1924, die den Beamten die Fernhaltung von politisch der Verfassung gegenüber nicht einwandfreien Verbänden zur Pflicht machen, weder der Form noch dem Inhalt nach gegen die Reichsverfassung verstossen. Diese Pflicht sei den Beamten durch ihr Treueverhältnis zum Staat ohnehin von selbst auferlegt; auf diese Erlasse des Ministers, die nur von deklaratorischer Bedeutung seien, komme es hiernach überhaupt nicht entscheidend an. "Der Beamte darf auch ausserhalb des Dienstes zumal in der Öffentlichkeit nicht an Veranstaltungen von Verbänden teilnehmen, die nicht einwandfrei auf dem Boden der geltenden Verfassung stehen. Dass zu solchen Verbänden auch der "Stahlhelm" gehört, hat die Vorinstanz zutreffend festgestellt. Ob die hier erörterte Veranstaltung des "Stahlhelm" ihrer Wesensart nach selbst politisch war oder nicht, ist ohne Bedeutung, da es nur auf die Gesamteinstellung des Verbandes gegenüber der bestehenden Staatsform im allgemeinen ankommt.... Solange die gegenwärtige Verfassung besteht, sind die Beamten unbedingt verpflichtet, ihr die Treue zu halten und sich von einer Betätigung für Verbände, die nicht einwandfrei auf dem Boden der Verfassung stehen, fern zu halten."

Der Disziplinarhof stellte in seinem Urteil schliesslich noch fest, dass er die von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafe der Dienstentlassung in ernsteste Erwägung gezogen und von der Verhängung dieser schwersten Strafe lediglich abgesehen hat, weil der Angeschuldigte Unterhaltungspflichten gegenüber 4 Kindern, sich im Kriege gut geführt und auch als Polizeibeamter sonst seine dienstlichen Pflichten zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erfüllt hat.

SPD. Paris, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Wie die Agentur Fournier aus San Sebastian mitteilt, soll der Wahlkampf in Spanien bereits am 8. Februar eröffnet werden. General Berenguer habe die Absicht, zu dieser Zeit, falls sich das Land angesichts der bevorstehenden Wahlen entsprechend beruhigt habe, den Belagerungszustand aufzuheben.

SPD. London, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Aussichten für die Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Südwales haben sich gebessert. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist in London unter der Führung der Regierung ein Kompromiss erzielt worden. Für die nächsten zwei Monate soll der $7\frac{1}{2}$ Stundentag ohne Lohnverminderung fortbestehen.

Dann wird ein Schiedsgericht zusammentreten, das über die Arbeitszeit in den nächsten 12 Monaten eine Entscheidung fällen soll und zwar unter der Voraussetzung der Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne. Die Entscheidung über diesen Vorschlag liegt bei der am Freitag in Cardiff tagenden Konferenz der Bergarbeiter.

SPD. Rom, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Aus den verschiedensten Gegenden Nord- und Süditaliens werden schwere Schneefälle, Stürme und Ueberschwemmungen gemeldet. So ist bei Cosenza in Calabrien eine Eisenbahnbrücke eingestürzt. Ein gerade ankommender Zug konnte durch die Umsicht des Lokomotivführers rechtzeitig zum Halten gebracht werden. Das Land ist weithin überschwemmt. Der Verkehr auf der calabrischen Strecke ist unterbrochen. In Tripolis brachte der Wirbelsturm drei Menschen ums Leben, zerstörte viel an Gut und deckte zahlreiche Häuser ab.

SPD. Bombay, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Immer noch wirkt die Hinrichtung der vier Inder ruhestörend auf die Bevölkerung. Am Donnerstag war die Stadt Dakor der Schauplatz schwerer Kämpfe. 150 Demonstranten und Pilger wurden nach dem offiziellen Polizeibericht durch Stockhiebe verwundet. Die Schutzleute waren schliesslich derart bedrängt, dass sie sich veranlasst sahen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Zwei Personen wurden durch das Gewehrfeuer getötet.

In Bombay werden neue schwere Kämpfe befürchtet. Das allindische Kriegskomitee hat für Freitag einen neuen Streik und einen Trauertag für die Hingerichteten angesetzt. Alle Schulen, Geschäftshäuser und Fabriken sollen geschlossen bleiben. Ein Komitee hat die Bevölkerung aufgerufen, möglichst jeden Strassenverkehr und selbst die Gerichtssitzungen zu verhindern. Die Regierung hat die Bevölkerung in einem Anschlag inzwischen vor jeder Ungesetzlichkeit gewarnt. Sie werde mit aller Strenge vorgehen. In den Kasernen steht das Militär in Bereitschaft.

SPD. Budapest, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Ernst Garami, einer der führenden Männer der ungarischen sozialdemokratischen Partei, hat wegen taktischer Meinungsverschiedenheiten seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Parteileitung angemeldet und seine Anschauungen in einer Denkschrift an den Parteiausschuss niedergelegt.

Der Parteiausschuss der ungarischen Sozialdemokratie hat jetzt mit überwiegender Mehrheit in Uebereinstimmung mit der Parteileitung beschlossen, den Austritt Garamis nicht zur Kenntnis zu nehmen und festzustellen, dass sich die Parteileitung in der politischen Führung der Partei an die vom letzten Parteitag beschlossenen Richtlinien gehalten hat. In den entscheidenden taktischen Fragen beständen zwischen Parteileitung und Garami keine solchen Gegensätze, dass sie nicht überbrückt werden könnten. An Garami wurde deshalb die Bitte gerichtet, weiterhin in der Parteileitung tätig zu sein. Die tragische Lage der ungarischen Arbeiterklasse mache die Zusammenfassung aller Kräfte und den Ausbau der Kampffront der Arbeiterklasse zu einer gebieterischen Notwendigkeit.

SPD. London, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag-Nachmittag begann in London eine Vollsitzung der englisch-indischen Konferenz. Den Vorsitz führte MacDonald. Es wurde zunächst über die Kommissions- und Verfassungsbeschlüsse Bericht erstattet. Die Vertreter der Fürsten, der Hindus und Joshi von den indischen Gewerkschaften bekannten sich in grossen Reden für das ausgearbeitete Verfassungswerk. Auch die Mohammedaner erklärten ihre einstweilige Zustimmung. Ihre letzte Entscheidung behielten sie sich jedoch bis zu dem Ergebnis der Kompromissverhandlungen vor, die zur Zeit noch hinter verschlossenen Türen zwischen den Hindus und Moslems geführt werden.

Am Freitag wird ebenfalls eine Vollsitzung abgehalten. Der Montag soll für die grosse Rede MacDonalds vorbehalten werden, in der der Ministerpräsident die Stellung der englischen Regierung zu dem Gesamtproblem darlegen wird. Bis dahin hofft man auch auf eine Verständigung zwischen den Hindus und Moslems

SPD. Köln, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Kölner Schöffengericht hat am Donnerstag unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Mann zwei halbwüchsige, 19 Jahre alte Naziburschen von der Anklage des Widerstandes gegen die Polizei freigesprochen, obwohl vier Polizeibeamte aussagten, dass die beiden gegen sie nicht nur Widerstand geleistet haben, sondern auch tötlich geworden sind.

Drei Zeugen, jugendliche Anhänger der Nazis, haben von all dem, was ihren Parteifreunden vorgeworfen wurde, natürlich nichts gesehen. Das Gericht schenkte ihnen und nicht den Beamten Glauben. Dabei sitzt einer der Angeklagten z.Zt. unter dem Verdacht des Diebstahls in Untersuchungshaft. Als er vom Vorsitzenden gefragt wurde, warum er in Untersuchungshaft sitzt, gab er in frechem Tone zur Antwort: "Weil ich Nationalsozialist bin. Das hat der Untersuchungsrichter mir gesagt." Der Vorsitzende machte den Angeklagten auf die Dummheit seiner Rederei aufmerksam. Darauf der Nazi: "Ja, das hat der gute Mann gesagt." Auf Antrag des Staatsanwalts wurde er wegen ungebührlichen Benehmens vor Gericht sofort mit drei Tagen Haft bestraft.

SPD. Auf der Suche nach Sündenböcken für die Pleite ihrer Ruhraktion ist die KPD-Bezirksleitung in Essen dazu übergegangen, gegen eine ganze Reihe von Parteifunktionären das Ausschlussverfahren einzuleiten. Davon sollen zunächst solche Betriebsratsmitglieder betroffen werden, die auf den R.G.O.-Tagungen alle Beschlüsse billigten und gar nicht scharf genug machen konnten, hinterher aber auf ihren Gruben gegen die KPD-Parole streikten. Auf vielen Zechen forderten zwar die kommunistischen Betriebsratsmitglieder die Belegschaft zum Sympthiestreik auf, sie selbst aber begaben sich an die Arbeit, so auf den Zechen Concordia, Diergardt, Lothringen, Hattingen, Prosper 3, Viktoria usw. Der R.G.O.Funktionär Knipprad auf der Zeche "Langenbrahm" erklärte auf Vorhaltungen, warum er die Streikparole der KPD nicht befolge: "Dann wäre ich ja ein Idiot!"

Auch in anderen Bezirken setzt die KPD-Bürokratie mit der Säge an, um disziplinelose Funktionäre aus der Partei zu entfernen. Infolge des Versagens der Streikparole in Oberschlesien und wegen Ausbleibens des Sympthiestreiks im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, für den sich der Reichstagsabgeordnete Koenen stark gemacht hatte, sind in den letzten Tagen in beiden Bezirken Dutzende von KPD-Funktionären ausgeschlossen worden.

+ + +
Der Tageszeitung der Brandlergruppe zufolge hat sich das ZK der KPD mit der Absicht getragen, den vor Jahresfrist kaltgestellten Leiter der Ge-

werkschaftsabteilung, Merker, wieder zur verantwortlichen Arbeit heranzuziehen. Merker sei seinerzeit davongejagt worden, weil er die Moskauer Spaltungsparolen gegenüber den Gewerkschaften schon im vorigen Jahr in die Tat habe umsetzen wollen. Heute schein er dem ZK wieder der geeignete Mann. Inzwischen aber scheint selbst Merker zur Vernunft gekommen zu sein, denn, wie das oppositionelle Kommunistenorgan behauptet, hat er sich in einer Aussprache mit dem ZK ganz entschieden gegen die Gründung des kommunistischen Metallarbeiterverbandes erklärt und diese Gründung als ein Verbrechen bezeichnet. Damit dürfte seine Wiederberufung erledigt sein.

SPD. Mexiko City, 15. Jan. (Eig. Dr.)

Die mexikanische Hauptstadt wurde in der Nacht zum Donnerstag von einem schweren, 2 Minuten andauernden Erdbeben betroffen, das unter der Bevölkerung eine grosse Panik hervorrief. Mehrere Häuser stürzten ein. Zwei Personen wurden getötet, 30 schwer verletzt. Während der ganzen Nacht zum Donnerstag war das Lichtnetz von Mexiko-City gestört.

Katastrophaler war das Erdbeben, von dem in der gleichen Zeit wie die Hauptstadt Oakaca-City, die Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates, heimgesucht wurde. Auch hier stürzten zahlreiche Häuser ein, sodass ganze Stadtteile in Ruinen verwandelt wurden. Die Zahl der Toten wird vorläufig auf 6 beziffert. 10 Personen wurden schwer verletzt, viele leicht. Die verängstigte Bevölkerung übernachtete trotz der bitteren Kälte im Freien.

Aus anderen Bundesstaaten werden ebenfalls Erdbeben gemeldet.

SPD. Die Verhandlungen über eine Herabsetzung der Gehälter der Angestellten der Reichs- und preussischen Staatsbehörden im Reichsarbeitsministerium führten am Donnerstag zu einem Schiedsspruch, der vom 1. Februar ab eine Gehaltskürzung um fünf Prozent vorsieht. Die im Allgemeinen freien Angestelltenbund (Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband, Allgemeiner Verband der Bankangestellten) zusammengeschlossenen Verbände nahmen noch am Donnerstag-Abend zu dem Schiedsspruch Stellung.

SPD. Stuttgart, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Vom Amtsgericht Stuttgart I wurde die in Frankfurt erscheinende "Arbeiterzeitung", das Organ der Kommunistischen Partei Hessen-Frankfurt, für die Zeit vom 11. bis 24. Januar beschlagnahmt, soweit diese Zeitung als Ersatzblatt der verbotenen "Süddeutschen Arbeiterzeitung" gedruckt und zugestellt wird. Ebenfalls wurde die Druckschrift: "Brief an unsere Leser und Leserinnen", die der Verlag an seine Bezieher richtete, als Ersatzblatt der verbotenen "Süddeutschen Arbeiterzeitung" beschlagnahmt.

SPD. Köln, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Ohne irgendwelche Verhandlungen hat der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe in Köln an seine Mitgliedsfirmen die Anweisung gegeben, den Lohn von 1,29 Mark auf 1,15 Mark die Stunde herabzusetzen. Wer sich mit dieser Kürzung nicht einverstanden erkläre, müsse sich als gekündigt betrachten. Die Kölner Holzarbeiter werden gegen das Lohndiktat den Kampf aufnehmen.

In Düsseldorf stehen z. Zt. über 600 Holzarbeiter im Kampf.

Wer erhält Lohnsteuern zurück?

SPD. Die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen, die im Jahre 1930 wegen Arbeitslosigkeit, Streiks, Krankheit usw. einen Lohnausfall hatten und denen deshalb der steuerfreie Lohnbetrag wegen der ausgefallenen Lohnzahlungen nicht angerechnet werden konnte, ist gegenüber dem Vorjahre erheblich angewachsen. Der Kreis der Personen, die Anträge auf Erstattung zu viel gezahlter Lohnsteuer stellen können, ist also sehr viel grösser geworden.

Wer ist erstattungsberechtigt?

Wer im Jahre 1930 einen Verdienstausschlag gehabt hat, z.B. wegen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung, Krankheit usw. und dadurch nicht in den Genuss der steuerfreien Beträge gekommen ist; wer durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse in seiner Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt worden ist, z.B. durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder oder mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen für seine berufliche Fortbildung; wer Lohnsteuer gezahlt hat, obwohl der Arbeitslohn nicht höher war als der lohnsteuerfreie Betrag.

Wenn ledige Steuerpflichtige vom 1. September 1930 ab zu ihrer Lohnsteuer noch einen Ledigenzuschlag entrichten mussten, weil sie einen Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags wegen Unterstützung bedürftiger Eltern oder Unterhaltsgewährung an die geschiedene Ehefrau rechtzeitig, d.h. vor dem 1. Juli 1930, nicht gestellt hatten, wird die durch den Ledigenzuschlag erhöhte Lohnsteuer zurückerstattet. Bedingung für die Erstattung ist jedoch, dass eine der sonstigen oben besprochenen Voraussetzungen für die Erstattung vorliegt.

Wieviel wird erstattet?

Niemals mehr als im Kalenderjahr 1930 an Lohnsteuer gezahlt worden ist. Bei Verdienstausschlag für jede volle Woche (6 Wochentage zu je 8 Stunden = 1 Woche) werden folgende nach dem Familienstand abgestufte Pauschbeträge erstattet :

ledig (ohne Ledigenzuschlag)	1,80 RM
" (mit ")	2,00 "
verh. ohne Kinder	2,00 "
" 1 Kind	2,20 "
" 2 Kinder	2,60 "
" 3 "	3,55 "
" 4 "	5,00 "
" 5 "	6,95 "
" 6 "	8,85 "
" 7 "	10,75 "
" 8 "	12,70 "
" 9 "	14,60 "

Bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen wird ein Betrag erstattet, der vom Finanzamt nach pflichtgemäßem Ermessen festgesetzt wird. Bei einem Jahreseinkommen, das die Freigrenze nicht überschritten hat, wird der volle abgeführte Lohnsteuerbetrag zurückerstattet. Bei Kurzarbeitern und sogenannten unständigen Arbeitern wird der Unterschiedsbetrag erstattet, der sich zwischen der einbehaltenen Steuer und der nach Absetzung der Freibeträge und Familienermässigungen sich errechneten Steuer ergibt. Jahresbeträge unter 4 RM werden nicht erstattet.

Wann, wo und wie müssen die Anträge gestellt werden?

Die Anträge müssen in der Zeit vom 1. Januar 1931 bis zum 31. März 1931 gestellt werden. Anträge, die später einlaufen, werden nicht berücksichtigt. Die Anträge sind dem Finanzamt einzureichen, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1930 seinen Wohnsitz gehabt hat. Die Anträge wegen Verdienstausschlag müssen durch Einreichung eines vorgedruckten Formulars, das

auf den Finanzämtern kostenlos erhältlich ist, gestellt werden. Den Anträgen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse muss eine eingehende Darlegung dieser Verhältnisse, sowie die Höhe der besonderen Aufwendungen, beigegeben werden.

Welche Unterlagen müssen dem Antrag beigelegt werden?

Die Steuerkarte 1930, wenn sie sich im Besitz des Steuerpflichtigen befindet. Bescheinigungen der Arbeitgeber über die Höhe des Lohns, der einbehaltenen Lohnsteuer und evtl. über die Dauer der Krankheit usw. Wenn Steuermarken verwendet worden sind, müssen die beklebten und entwerteten Einlagebogen oder die Bescheinigung des Finanzamts über die bereits erfolgte Ablieferung dieser Einlagebogen dem Antrag beigelegt werden.

Wenn der Verdienstausschluss wegen Krankheit erfolgte, muss die Bescheinigung der Krankenkasse, und wenn der Verdienstausschluss wegen Erwerbslosigkeit erfolgte, die Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder eines Berufsverbandes beigelegt werden.

SPD. Konstantinopel, 15. Jan. (Eig. Dr.)

In der Türkei hat die strenge Untersuchung gegen die Putschisten von Menemen und ihre Mitverschwörer inzwischen zur Aufdeckung neuer Geheimverbindungen geführt, die teils religiöse Orden, teils politische Geheimbünde sind. In Konstantinopel sind bisher mehr als ein Dutzend bekannter Ordensscheichs verhaftet worden.

Die meisten Verhafteten aus dem Lande sind nach der unweit von Smyrna gelegenen kleinen Stadt Menemen gebracht worden, wo am Donnerstag der grosse Hochverratsprozess gegen 165 der Putschisten begann. Es sind zahlreiche Todesurteile zu erwarten. Jetzt schon streiten sich die Radikalen und die Gemäßigten unter den Kemalisten, ob die Todesurteile vollstreckt oder zum Teil in Urteile auf lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt werden sollen.

SPD. New York, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Exekutivkomitee des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, das zur Zeit in Miami tagt, beschloss eine energische Kampagne zur Milderung der Prohibitions-gesetzgebung. Die Kampagne wird unter Leitung besonderer gewerkschaftlicher Antiprohibitionskomitees stehen und insgesamt 14 000 gewerkschaftliche Organisatoren und Wanderredner beschäftigen. Der Gewerkschaftsbund sieht in der Beseitigung des gegenwärtigen Prohibitionssystems eine bedeutsame Waffe gegen die Arbeitskrise.

SPD. Paris, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Briand und Henderson sind am Donnerstag-Vormittag gemeinsam von Paris nach Genf abgereist.

Wie die Pariser Presse erklärt, werden sich die beiden Staatsmänner in Genf um eine loyale Vermittlung im deutsch-polnischen Konflikt bemühen. Der "Temps" dementiert aufs entschiedenste, dass man auch nur einen Gedanken daran hege, eine Einheitsfront gegen Deutschland zusammenzuschliessen. Selbst die nationalistische "Liberté" findet die Mässigung der Reichsregierung im Gegensatz zu den nationalistischen Schreibern höchster Anerkennung wert und gibt zu, dass Polen gegen den Minderheitenschutz verstossen habe, wenn auch nicht in so übertriebenem Masse, wie es Deutschland glauben machen wolle.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Patrioten!

SPD. Die Direktion des Cinéma Capitol in Basel erhielt von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Bezirk Markgräfler Land, Filiale Lörrach, das folgende Schreiben :

"Seit dem 2. Januar führen Sie in Ihren Räumen den Tonfilm "Im Westen nichts Neues" auf.

Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, dass unser Führer Dr. Goebbels in Berlin und unsere Bewegung grosse Mühe und viel Blut geopfert haben, damit dieser Film verboten wird. Dieser Film ist eine Schmähung des deutschen Frontsoldaten und ist eine Entstellung und Erniedrigung des Deutschen durch amerikanische Filmjuden.

Wenn das schweizer Volk sich auch nicht zu den Deutschen zählt, so haben sie trotzdem in ihren Adern deutsches Blut, sprechen eine deutsche Zunge und in ihrer Brust schlägt ein deutsches Herz. In Anbetracht der Blutsverwandtschaft haben wir bestimmt angenommen, dass in der Schweiz eine Aufführung nicht möglich ist. Wir Deutschen jedoch an der Grenze stellen fest, dass wir uns darin getäuscht haben und wir drücken hiermit der Direktion unser tiefstes Bedauern aus. Wir bezeichnen dieses Verhalten als einen unfreundlichen Akt. Demgemäss werden wir in Lörrach und Umgebung alles daransetzen, um uns gegen Schmähungen auch im Auslande zu wehren. Da uns nur wenige Mittel zur Verfügung stehen, werden wir mit diesen wenigen Mitteln unsere Anhänger darauf aufmerksam machen, dass man Gaststätten meidet, die unserer Ansicht nach wenig Wert darauf legen, deutsche Gäste zu haben. Mit deutschem Heilgruss F.A. Suslik, Bezirksführer."

Dieser Brief wird in der "Nationalzeitung" in Basel in vollem Wortlaut abgedruckt. Die Redaktion der "Nationalzeitung", die alles andere als deutschfeindlich ist, fügt hinzu, dass sie auch nicht einen Zentimeter des Filmes auch nur eine Sekunde lang als deutschfeindlich oder dem Ansehen des Deutschtums abträglich empfunden habe. Im übrigen aber macht sie sich weidlich lustig über diese Vertreter des deutschen Patentnationalismus, die nicht einmal einen einfachen Brief stilistisch richtig abfassen können. Dann höhnt sie:

"Bei uns weiss man natürlich, dass Dr. Goebbels und "seine Bewegung" viel Blut für das Verbot dieses Films geopfert haben, sollen doch Dutzende von weissen Mäusen im Uraufführungstheater auf dem Felde der Ehre geblieben sein, von den Blindschleichen, blutgefüllten Enteneierschalen und Stinkbomben nicht zu reden. Wir achten diese Verluste ... Wir können nur annehmen, dass auf den Briefschreiber und "seine Bewegung" dasselbe zutrifft, was für Dr. Goebbels und "seine Bewegung" gilt: dass sie die Front nur aus Heldenbüchern kennen und den Film gar nicht."

Uns in Deutschland interessiert, dass die Nationalsozialisten sich dem Ausland gegenüber brüsten, dass sie das Verbot des Films erzwungen haben. Uns interessiert ferner, ob das Auswärtige Amt nun endlich fühlt, welchen Schaden es dem deutschen Ansehen im Ausland zugefügt hat, als es sich zum Knecht des politischen nationalsozialistischen Lausbubentums gemacht hat.

N.D.O.

Der N.D.O. - lies Nationalverband deutscher Offiziere - veranstaltet am 27. Januar in Berlin eine Kaisergeburtstagsfeier. Der Nationalverband deutscher Offiziere ist jene Organisation, die ein Ehrengerichtsverfahren gegen Helmut

von Mücke einleiten will, weil er einigen nationalsozialistischen Maulhelden die Wahrheit gesagt hat. Diese Organisation hat ferner die Dreistigkeit besessen, von der republikanischen Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Offizialbeleidigungsverfahrens gegen Mücke zu fordern, weil er ihrer Ankündigung eines Ehrengerichtsverfahrens mit der ihnen gebührenden Hochachtung aufgenommen hat.

Das sind die Leute, die glauben, dass sie demnächst in Deutschland wieder den Ton angeben werden. Sie wollen am 27. Januar feiern, sie wollen Glückwunschlisen für Wilhelm, den Deserteur auslegen, sie wollen die monarchistische Propaganda neu beleben.

Sie schöpfen Mut aus der Tatsache, dass die Reichsregierung in diesem Jahre zum erstenmal in grossem Stile eine sogenannte Reichsgründungsfeier am 18. Januar veranstalten will. Schon die Vorbereitung dieser Reichsgründungsfeier hat eine Hochflut monarchistischer Propaganda gezeitigt.

Wir zweifeln jedoch, dass Wilhelm II. das Dritte Reich noch erleben wird, und auch Wilhelm dem III. wird es nicht anders ergehen als seinem Vater!

So sehen sie aus.

Die "Rheinfront", das Pfälzer Organ der Nationalsozialisten, schreibt am 4. Januar :

"Wenige werden es daher auch von den Aussenstehenden begreifen, dass der Verkehrston innerhalb der SA. alles andere als keusch und still ist. Hier herrscht vielmehr ein sinnestfroher Landsknechtsstil; das Lager der Braunhemden ist nicht das puritanische Lager Cromwells. Wein, Weib und Würfel, zumindest die mittlere der drei alten Soldatenparolen, spielen keine geringe Rolle in der Armee des kommenden Deutschlands."

Eine schöne Selbstcharakteristik. Es geht also im Lager der Hitlerarmee eher im Stile Wallensteins als im Stile Cromwells zu. Sein Lager nur erklärt sein Verbrechen...

Die Armee des kommenden Deutschland kann nach diesem Selbstporträt von sich sagen :

Stehlen, morden, huren, balgen
heisst bei uns nur die Zeit zerstreun.

+

Im "Angriff" des Herrn Goebbels finden wir das folgende Inserat: "Welcher edeldenkende Parteigenosse leiht SA-Mann 600 Mark zwecks Kaufs eines Lieferwagens, da reichliche Arbeit vorhanden. Zahle 700 Mark zurück." Da wird also ein Zinsfuss von mindestens 30 Prozent herauskommen. Es wird vorausgesetzt, dass ein Nationalsozialist und noch dazu ein edeldenkender einen Parteigenossen von der SA glatt bewuchert. Heisst Brechung der Zinsknechtschaft!

+

Ein anderes Inserat aus dem "Völkischen Beobachter": "Sofort Gratismuster meiner gangbaren Haushaltartikel und Neuheiten (200 - 300 % Verdienst) gegen 15 Pfennig Rückporto in Briefmarken. Vertreter überall gesucht. Erwerbslose Parteigenossen, Hausierer, Ladengeschäfte fragen an bei Parteigenossen Erich Wesebe etc."

Heisst das nicht wucher, kleinen Leuten und Hausfrauen Haushaltsartikel mit 300 Prozent Gewinn zu verkaufen? In derselben Nummer des "Völkischen Beobachter" vom 10. Januar liest man: "Die jüdischen Ramschgeschäfte blühen, das Volk hungert". Die Ramschgeschäfte scheinen allerdings zu blühen - nämlich bei den Geschäftsnationalsozialisten. Heisst Bekämpfung des Wuchers!

Aus aller Welt

60 Jahre Reichshauptstadt - 60 Jahre Berliner Arbeiterbewegung.

Die erste Reichstagswahl - "Aera Tessendorf" - Polizeisäbel über Berlin -
Aus den Kampfjahren der Berliner Sozialdemokratie.

SPD. Am Sonntag, den 18. Januar ist Berlin 60 Jahre Reichshauptstadt.

Unter allen deutschen Städten, deren Arbeiterbewegung nicht nur eine gegenwärtige, sondern auch eine historische Bedeutung hat, weist Berlin in absoluten Zahlen das stärkste Kontingent politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter auf. Die Entwicklung der Reichshauptstadt von der preussischen Königsresidenz zur europäischen Weltstadt ist mit der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung von den Anfängen bis zu ihrer heutigen machtvollen Gestalt, die allen Angriffen von links und rechts ohne Erschütterung stand hält, eng verbunden.

Schwer und mühevoll waren die Anfänge der Bewegung. Als man 1871 das erste Parlament des neuen Reiches wählte, wurden für den einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten Grau in ganz Berlin 1982 Stimmen abgegeben - in den proletarischen Bezirken des Berliner Nordens stimmten 82 (!) Arbeiter für den sozialistischen Kandidaten. Aber schon die folgenden Jahre mit ihren wirtschaftlichen Krisen trugen Bewegung in die Berliner Arbeitermassen. Lohnforderungen, Kämpfe um den Zehnstudentag führen zu grossen Streiks und Aussperrungen. Mit der Gründung des "Berliner Arbeitervereins" tritt das Berliner Proletariat in den organisierten wirtschaftlichen Abwehrkampf. 1873 erkämpfen sich zum ersten Male die Tischler den Achtstudententag zusammen mit einer 33 1/3-prozentigen Lohnerhöhung. Im gleichen Jahr wird auch der "Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein" gegründet - die Frauen reihen sich in die proletarische Kampffront ein. Die Bewegung marschiert. Ueber 9 000 Stimmen bringen diesmal die Reichstagsneuwahlen den Sozialdemokraten. Zwar höhnt die bürgerliche Presse noch: "Berlin ist der Schimpf erspart geblieben, einen Sozialdemokraten in den Reichstag ziehen zu lassen", aber die Sozialdemokratie ist nun ein Faktor geworden, mit dem man im politischen Tageskampf rechnen muss.

Beunruhigt sieht Bismarck auf die wachsenden Erfolge der Bewegung. 1874 holt er den berüchtigten Staatsanwalt Tessendorf nach Berlin. Das Ziel dieses fanatischen Sozialistenfressers ist kein geringeres, als die sozialistische Bewegung mit aller Macht abzuwürgen. Aber die Aera Tessendorf, die mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen gegen die Berliner Sozialisten wütet, die den ganzen Polizeiapparat gegen sie spielen lässt und mit Hilfe des berüchtigten vormärzlichen preussischen Vereins- und Versammlungsrechtes die Arbeiterbewegung, die von Tag zu Tag mehr Anhänger gewinnt, zu zerschlagen versucht, ist nur das Vorspiel zu dem brutalen Terror des Sozialistengesetzes, mit dem Bismarck die ganze Sozialistenbewegung ausrotten möchte. Der Erfolg Tessendorfs ist vorläufig, dass 1877 die Berliner Sozialdemokraten 31 576 Stimmen und einen Vertreter im Reichstag erhalten. Trotz Polizeiterrore und Hinkerkerung der Führer. In den Spalten der liberalen Blätter herrscht Bestürzung: wo soll das hinaus? Diese unbequeme Partei gewinnt in allen Kreisen der Bevölkerung an Einfluss. Schon bedröhnt ihre Agitation Bismarcks Steuergesetze - da geschehen die Kaiserattentate.

Am 11. Mai 1878 nachmittags 3 1/2 Uhr gibt der 21jährige Klempner Max Hödel vor dem Hause der russischen Botschaft aus einem alten Lefauchouse-Revolver drei Schüsse auf den vorbeifahrenden Kaiser ab, die alle fehlgehen. Sofort tele-

grafiert Bismarck aus Friedrichsruh: Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten! Der Reichstag lehnt das Willkürgesetz ab. Acht Tage später fallen Nobilings Schüsse. Als nun noch die bürgerlichen Blätter verlogen melden: Nobiling habe mit den Sozialisten sympathisiert, beginnt eine wüste schamlose Hetze gegen die Sozialdemokratie. Massenhaft werden sozialistische Arbeiter aufgrund von Denunziationen entlassen. Aber trotzdem grenzenloser Polizeiterror die Wahlarbeit unmöglich macht, erhalten im gleichen Jahr die Berliner Sozialdemokraten 65 147 Stimmen. Am 21. Oktober 1878 tritt das Ausnahmegesetz, das der Reichstag mit 73 Stimmen Mehrheit annimmt, in Kraft: nun regiert der Polizeisäbel in Berlin. In keiner zweiten deutschen Stadt tritt das "Gesetz" gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen" mit solcher Härte in Anwendung wie in Berlin. Sofort werden alle Vereine aufgelöst, die Kassen beschlagnahmt, die Zeitungen verboten, alle Versammlungen ungedrückt. Mit der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin beginnen die Ausweisungen, die mit schonungsloser Brutalität durchgeführt werden. Gegen 300 Berliner Sozialisten, alles Familienväter, vielfach kleine Geschäftsleute, mit ihren 500 Angehörigen werden in der Zeit des Ausnahmegesetzes in Verbannung und bitterste Not getrieben. Das Fortbestehen der Partei unter diesem Terrorgesetz, dessen erster Paragraph sozialdemokratische Vereine überhaupt verbot, wurde mehr als einmal durch die Schikanen der Polizei in Frage gestellt. Aber immer wieder gelingt es, die Polizei zu täuschen, die Verbote zu umgehen und mit Einsetzung von Gut und Freiheit zielbewusste Agitation zu treiben, sodass trotz aller Verhaftungen und Verbannungen die Parteiarbeit weiter vorwärts schreiten kann. 1887 - neun Jahre nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, sind die Sozialdemokraten mit 93 000 Stimmen die stärkste Partei in Berlin - längst schon sitzen ihre Vertreter im Stadtparlament: das Gesetz bringt die entgegengesetzte Wirkung - es stärkt die Bewegung, obwohl es sie vernichten sollte. Alle Willkürakte und auch der 1887 nochmals verschärfte Belagerungszustand können an dieser Feststellung nichts ändern.

Noch grösser ist der Erfolg im Frühjahr 1890 bei den Reichstagswahlen, kurz vor Ablauf des Sozialistengesetzes, die den Sozialisten einen geradezu überwältigenden Sieg bringen: 159 000 Stimmen wurden für sie in Berlin abgegeben. Ungeheurer Jubel herrscht in den Berliner Arbeiterquartieren. In diesem Jahr feiern auch zum ersten Male Tausende sozialistischer Arbeiter in Berlin den 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit, ohne sich durch die Massnahmen der Unternehmer, Arbeitssperre und Entlassungen, hindern zu lassen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes ist es endlich möglich, die zerstörten Parteiorganisationen wieder aufzubauen und damit auch äusserlich einen festen Zusammenhalt zu schaffen. So bekommt Berlin seine öffentliche sozialdemokratische Organisation in Gestalt der Wahlvereine, die in der Folgezeit verbessert und weiter ausgebaut werden. Immer selbstbewusster tritt der Arbeiter in den politischen Tageskampf ein. 1907 schickt allein Berlin sieben sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag.

Von Jahr zu Jahr steigt der Einfluss der Partei. In stetiger, konsequenter Arbeit konnte sie sich durch Krieg, Revolution und Nachkriegswirren zu dem entwickeln, was sie heute darstellt: zu der grossen Massenpartei. Aus dem kleinen Trupp verfemter Sozialisten, gegen die Bismarcks Polizei vergeblich wütete, wurde der grosse Schutz der Republik - die Kämpferin für den sozialistischen Zukunftstaat.

+ + +

Relativ und absolut viel. Für die Uebernahme einer Rolle in einem Lehrfilm wurde Professor Albert Einstein in Hollywood ein Honorar von 200 000 Dollar angeboten. Ob Einstein zu- oder absagt, steht noch nicht fest.

+ + +

Hellwig abermals Sittenrichter! Die Potsdamer Frenzel-Kammer ist auf acht Tage in eine Schulaula in Brandenburg/Havel gezogen, weil dort die meisten Zeugen des neuen Sittlichkeitsprozesses wohnen, über den diesmal Landgerichtsdirektor Hellwig verhandeln soll. Angeklagter des Riesenprozesses, zu dem 65 Zeugen geladen sind, ist Stadtamtmann Otto Schwarz aus Brandenburg, der im Februar vorigen Jahres vom Potsdamer Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung der Schulschwester Hedwig Florian vom Wohlfahrtsamt Brandenburg zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Angeklagter und Staatsanwalt haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. Als Verteidiger für den Angeklagten tritt Rechtsanwalt Dr. Frey-Berlin auf, während Rechtsanwalt Georg Löwenthal Frau Florian zur Seite steht.

Die Privatklägerin behauptet, dass der Angeklagte am 17. September 1929 in etwas angeheiterter Stimmung auf das Gesundheitsamt gekommen sei und er dort, als sie ihm die Tür zu ihrem vorher verschlossenen Zimmer geöffnet hatte, versucht haben soll, sie auf ein Ruhebett zu werfen und zu vergealtigen. Der Angeklagte, dem dienstlich ein gutes Zeugnis ausgestellt wird, bestreitet den Vorgang. Die Verhandlung für die sechs Tage in Aussicht genommen sind, begann damit, dass auf Antrag des Rechtsanwält Dr. Frey, dem sich Staatsanwalt Tetzlaff und der Rechtsanwalt Dr. Löwenthal anschliessen, auf Vernehmung der Sachverständigen, die über die Glaubwürdigkeit der Frau Florian aussagen sollten, verzichtet wird. Der Angeklagte bekundet dann abermals, dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu Unrecht bestünden. Frau Florian habe ihn vielmehr schon früher mit Liebesanträgen verfolgt und ihm bei Gelegenheit einer Festlichkeit deutlich wissen lassen, dass sie eine Freundschaft mit ihm wünsche. Frau Florian sei mit ihm in Brandenburg spazieren gegangen und habe versucht, ihn zu verführen... Im übrigen vertrat der Angeklagte die Meinung, dass Frau Florian, ihn, nachdem sie ihren Misserfolg einsehen musste, aus politischen Gründen und auf Anstiftung von dritter Seite denunziert habe.

+ + +
Vergleich im "Fall Bundhund". In einer Verhandlung des Hamburger Arbeitsgerichts wurde am Donnerstag der Prozess um den Fall "Bundhund" mit einem Vergleich beendet. Der Hamburger Schriftsteller Bruno Nelissen Haken war vom Landesarbeitsamt Nordmark fristlos entlassen worden, weil er in dem von ihm verfassten gleichnamigen Roman bei seiner Tätigkeit im Amt erworbene Kenntnisse in einer Weise verwendete, durch die sich die Vorgesetzten Hakens gekränkt fühlten. Haken verklagte daraufhin das Arbeitsgericht auf Gehaltsnachzahlung und gutes Zeugnis. Die Verhandlung endete damit, dass das Arbeitsamt sämtliche Forderungen Hakens anerkannte, während der Kläger die Erklärung abgab, dass er in den Personen seines Romans nur Typen seines Arbeitsgebietes, nicht aber bestimmte Personen treffen wollte.

+ + +
Eiscreme - das grosse Geschäft. Die Eiscreme-Fabriken der Vereinigten Staaten haben im Jahre 1930 besonders grosse Geschäfte gemacht. Es wurden im letzten Sommer von der amerikanischen Bevölkerung 1 089 000 000 Liter Eiscreme im Werte von 288 Millionen Dollar verzehrt.

+ + +
Verurteilter Sittlichkeitsverbrecher. Das Jugendgericht in Boulogne sur Mer hat den 16jährigen André Leloutre, der seinerzeit das aufsehenerregende Geständnis, in Le Touquais eine Engländerin ermordet zu haben, abgelegt und später widerrufen hat, wegen einer Anzahl bewiesener Sittlichkeitsverbrechen zu siebenjährigem Aufenthalt auf einer Strafkolonie und anschliessender Ausweisung aus Frankreich für die Dauer von zehn Jahren verurteilt.

+ + +

Blutiges Familiendrama. In Glienicke (Mark) unweit Beeskow erschoss ein Landwirt nach voraufgegangenem Streit seinen Bruder und seine Schwester; dann stellte er sich der Polizei. Der Landwirt behauptet, von seinen Geschwistern zuerst angegriffen worden zu sein und in Notwehr gehandelt zu haben.

+ + +

Der Berliner Juwelendiebstahl. Der Juwelendiebstahl auf der Berliner Untergrundbahn stellt den grössten Taschendiebstahl dar, der überhaupt jemals in Berlin begangen worden ist. Die an den Juwelenhändler gerichtete Frage, warum er kein Taxi benutzt habe, wenn er Gegenstände von so hohem Wert bei sich träge, wurde damit beantwortet, dass das Benutzen von Kraftdroschken gerade in solchem Falle nicht üblich sei: Juwelenhändler seien in einer Weltstadt immer von Mitgliedern der grossen Taschendiebororganisationen scharf überwacht, sodass ein Raubüberfall viel leichter beim Benutzen von Privatautos oder Autodroschken auszuführen sei als beim Fahren mit öffentlichen Massenverkehrsmitteln. Ausserdem sagte der Bestohlene, dass kaum ein Tag verginge, an dem er nicht für mehrere Hunderttausend Mark Ware mit sich herumtrage, sodass sich der Begriff der Gefahr für ihn mehr und mehr verliere. "Mit der Zeit wird man eben leichtsinnig". Die Berliner Kriminalpolizei hat inzwischen bei sämtlichen ihr bekannten, der Hehlerei verdächtigen Personen gründlich, jedoch ohne Erfolg, Nachforschung gehalten. Da die Diebe kaum mehr als 40 000 Mark von den Hehlern als Kaufpreis erhalten werden, so hegen der Verlierer und die Versicherungsfirma die Hoffnung, dass die Diebe von sich aus versuchen werden, die gestohlenen Juwelen gegen Auszahlung der Belohnung dem Bestohlenen auf irgend eine Art wieder zugänglich zu machen: 40 000 Mark sind insgesamt auch als Belohnung ausgesetzt, sodass die Rückerstattung der Juwelen ein ebenso gutes Geschäft darstellen würde, wie der eventuelle Weiterverkauf.

+ + +

Das Geheimnis einer Perlenkette. Eine mysteriöse Halsbandgeschichte beschäftigt zur Zeit die Pariser Oeffentlichkeit. Es handelt sich um ein kostbares Perlenkollier, das von der französischen Justizbehörde im Jahre 1922 zur Untersuchung einer Erbschaftsaffäre beschlagnahmt worden ist und das aus einer versiegelten Kassette im Justizpalais von unbekanntem Händen entfernt und durch eine falsche Perlenkette ersetzt wurde. Alles ist dunkel an dieser Geschichte nur eines steht fest, dass die echte Kette Ende 1927 noch vorhanden war. Sie wurde zu dieser Zeit von einem Experten untersucht. Zur Aufklärung dieses mysteriösen Falles ist eine peinliche Kettenuntersuchung gegen alle Beamte, die mit der Perlenkette im Laufe der Jahre dienstlich zu tun hatten, eingeleitet worden.

+ + +

Ein schwerer Hecht. Ein unangenehmes Abenteuer, das leicht tragisch enden konnte, ist einem Fischer bei Dijon passiert. An seiner Angel hatte sich ein so grosser Hecht festgebissen, dass durch die verzweifelten Versuche des Fischers, sich von der Angel loszureissen, der Angler ins Wasser stürzte. Passanten holten den Fischer mit Angel und Hecht aus dem Wasser.

+ + +

Giftige Tapeten. In Wien verstarb an den Folgen einer Arsenvergiftung die Frau eines Universitätsprofessors. Untersuchungen ergaben den Verdacht, dass die Tote das Opfer arsenhaltiger Tapeten ist, mit denen ihr Schlafzimmer ausgeschlagen war. Es wurde festgestellt, dass eine Fläche von 100 Quadratmetern dieser Tapete etwa sieben Zehntel Milligramm Arsen enthielt.

+ + +

Schiffsverkehr Berlin=Stettin unterbrochen. Wegen zu starken Eisganges auf der Oder wurde der Schiffsverkehr zwischen Berlin und Stettin und Berlin-Breslau eingestellt. Auch der Passagierdampfer zwischen Greifswald und Stettin und Schwedt und Stettin verkehren nicht mehr. Das Stettiner Haff ist mit einer starken Eisdecke belegt. Die Grossschiffahrtsstrasse Stettin-Swinemünde ist durch die Tätigkeit mehrerer grosser Eisbrecher eisfrei.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

An der Klagemauer.

Schwerindustrie und Schlichtung.

SPD. Ein Verärgerter macht in der "Kölnischen Zeitung" seinem Herzen Luft. Es ist Herr Grauert von Arbeit Nordwest, von dem das Kölnische Unternehmerorgan rühmt, dass er vor zwei Jahren im grossen Eisenstreit vor dem Reichsarbeitsgericht die Entscheidung erkämpft habe, wonach der Einmannschiedsspruch unzulässig sein soll. Im Lohnkonflikt des Ruhrbergbaus ist dieser Tage der Schaden, den die Reichsarbeitsgerichtsentscheidung angerichtet hat, durch die Schlichtungsnotverordnung wieder repariert worden. Grauert ist darob so tot= unglücklich, dass er sein Klagelied in der "Kölnischen Zeitung" über die "Rückkehr zum politischen Lohn" in folgenden Kassandrarauf ausklingen lässt: "Die erneute Befreiung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften von der produktionspolitischen Verantwortung, die jetzt wieder auf verstärkten Krücken des Staates im Wege der Notverordnung vor sich geht, wird eines Tages ein sicheres Schicksal nach sich ziehen."

Die Beweisführung der Grauertschen Jeremiade ist auf einer Art Hellseherei aufgebaut. Ihr Gedankengang sieht so aus: Wozu Schlichtungsnotverordnung und Rückfall in den politischen Lohn durch Zurückrevidierung des Mehrheitsschiedsspruchs zum Einmannschiedsspruch? Der Lohnkonflikt des Ruhrbergbaus sei auch ohne Schlichtungsnotverordnung zu lösen gewesen. Wer Einsicht in die näheren Umstände habe, sei sich darüber völlig im klaren, dass eine gewerkschaftliche Kampfentfesselung auch bei 8% Lohnabbau keineswegs zu erwarten gewesen wäre - trotz des Reizes der kommunistischen Konkurrenz. Gegen einen Kampf hätten alle materiellen und ideellen Voraussetzungen gesprochen, so die unbedingte Arbeitswilligkeit der Bergarbeiterschaft, die öffentliche Meinung und die Kassenverhältnisse der Gewerkschaften. Jedenfalls sei es kaum zweifelhaft, dass sich in dem letzten amtlichen Schlichtungsversuch die Bergarbeiterverbände schliesslich zu 6% Lohnabbau bequemt haben würden, schon um einen schlechteren, mit den Arbeitgebern zu fällenden Spruch zu vermeiden.

Mit Propheten lässt sich nicht gut diskutieren. Herr Grauert meint, die Gewerkschaften hätten sich, wenn es im Ruhrkonflikt hart auf hart gegangen wäre, schliesslich mit 8 oder wenigstens 6% abfinden müssen. Wir sind anderer Meinung; denn die Gewerkschaften winkten ja bereits ab, als der Schlichter mit der Möglichkeit eines Abbaus um nur 5% operierte. Aber hierüber lässt sich mit Leuten, die in die Zukunft sehen können, nicht gut streiten. Nur eines steht bei diesen Leuten fest: sie hätten es jedenfalls auf den Ausbruch einer Kraftprobe mit den Gewerkschaften ankommen lassen, weil sie sich ihrer Sache ganz sicher fühlten. Sie rechneten mit einem vollen Sieg, weil sie auf die aus der Arbeitslosigkeit für sie resultierenden günstigen Umstände und - auf die Kommunisten vertrauten. Weil dieser Sieg nun flöten ging, weil es nicht zu einer offenen Demütigung der Gewerkschaften kam, daher der Groll der Gruben- und Eisengewaltigen, daher die Klagen des Herrn Grauert. Wie hypnotisiert sieht er in allem Elend unserer Zeit immer nur eine Auswirkung der Arbeit der Gewerkschaften. Kein Wunder, wenn die Schlichtungsnotverordnung für ihn nichts anderes ist als eine Verordnung zur Entlastung der Gewerkschaften. Dass die Regierung mit ihrer Notverordnung vielleicht sich selbst eine Last abnehmen wollte - der Gedanke kommt Herrn Grauert überhaupt nicht. Für ihn ist der Tag, der

die Schlichtungsnotverordnung brachte, ein schwarzer Tag, von dem er nur Unheil erwartet. Er sieht voraus, dass nun alle Ansätze zu produktionspolitischem Verantwortlichkeitsgefühl bei den Gewerkschaften wieder verkümmern und in neuem Wettrennen mit der Demagogie der Kommunisten eine grausige Entwicklung ausgelöst wird. Und da Herr Grauert das Prophezeien nicht lassen kann, ergeht er sich in einer düsteren und drohenden Weissagung. Er schreibt: "Wie im Politischen die Sozialdemokratie nicht daran vorbeikommen wird, entweder den Klassenkampfgedanken fahren zu lassen oder Staat und Volk der Vernichtung oder andern Rettern zu überantworten, so wird es auch im Wirtschaftlichen den Gewerkschaften, wenn sie sich nicht eines Tages zur Seite geschoben sehen oder ihre Aufgaben mit Zwangsgewalt vorgeschrieben erhalten wollen, nicht erspart bleiben, die aussichtslose Konkurrenz mit der kommunistischen Werbung aufzuzugewinnen und sich auf positive produktionspolitische Arbeit und auf einen entsprechend geänderten Mitgliederkreis und Mitgliedergeist umzustellen."

Die Befreiung der Gewerkschaften vom Druck der kommunistischen Schmutzkonkurrenz auf lohnpolitischem Gebiet - gewiss ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, weil ja nur die Arbeiter die Kosten dieser Schmutzkonkurrenz zu tragen haben - wäre nicht so schwierig, wenn nicht die Kommunisten in den Schwerindustriellen ihre besten Freunde hätten. Oder sind es nicht die Blätter der Schwerindustrie selbst, die wiederholt die Existenz der Kommunisten begrüsst haben? Sind es nicht die Schwerindustriellen selbst, die die Nazibewegung gefördert und damit erst recht die unsachliche Schmutzkonkurrenz aller Demagogen gegenüber den Gewerkschaften künstlich gezüchtet haben? Es ist schon mancher im Leben mit einer Zuchtrute gezüchtigt worden, die er für andere gebunden hat. Wer weiss, wer bei der Feststellung der Schlussbilanz der nationalsozialistischen und kommunistischen Bewegung auf seiner Seite die Lacher haben wird? Alle Schuld rächt sich auf Erden.

Wie Hohn und Spott muss es in die Ohren der Arbeiter gellen, wenn sie - ausgerechnet in diesen Tagen, wo geradezu phantastische Lohnabbaurekorde täglich vom Unternehmertum aufgestellt werden - von den Anwälten der Schwerindustrie zu hören bekommen, die Gewerkschaften müssten mehr produktionspolitische Verantwortung zeigen. Wo ist denn die produktionspolitische Verantwortung der Leute, die 20 bis 50% Lohnabbau verlangen und die bei den Partei- und Schlichtungsverhandlungen sich überhaupt nicht mehr die Mühe geben, die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse eines Gewerbes oder eines Betriebes darzulegen, weil sie einfach von dem Schlichter erwarten, dass er mit einem Lohnabbau um 6% herum aufwartet? Herr Grauert jammert, durch die Notverordnung könnten nun für grössere und damit richtunggebenden Streitfälle die Löhne einfach diktieren werden. Ja, werden denn die Löhne nicht schon seit Wochen und Monaten diktieren? Werden nicht die Löhne förmlich guillotiniert? Sie werden es, und zwar so fix und so gründlich, dass die Regierung schliesslich mit Hilfe der Schlichtungsnotverordnung selbst einen Halt zu schaffen suchte, weil sie angesichts der wilden Köpferei selbst um ihren Kopf bangte.

Also politischer Lohn - wird Herr Grauert triumphieren! - Jawohl, so etwas gibt es. Gab es schon vor Grauert und wird es auch nach ihm geben.

SPD. Der Lohnschiedsspruch für den oberschlesischen Steinkohlenerzbergbau, der einen 6%igen Lohnabbau vorsieht, ist überaus befremdend. Der Förderanteil pro Mann und Schicht ist im Laufe der letzten Jahre ständig gestiegen, wodurch die reinen Arbeiterlohnkosten dauernd gesenkt wurden. Im Monat September betragen sie pro absatzfähiger Tonne Kohle 4,53 Mark. Seitdem ist diese Ziffer noch weiter gesunken. Ebenso haben sich die Materialkosten verringert; Sowohl Holz als auch Baumaterialien, Öle und Fette sind im Laufe der letzten Monate erheblich im Kurs gefallen. Das gesamte Selbstkostenkonto ist daher für den oberschlesischen Steinkohlenerzbergbau wesentlich geringer geworden. Wenn trotz-

dem der Schlichter einen Schiedsspruch mit 6% Lohnabbau fällte, so ist damit der Beweis erbracht, dass dafür andere Beweggründe massgebend waren, als sie sich aus der wirtschaftlichen Lage des Reviers ergeben. Ausserdem steht fest, dass die Löhne im oberschlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau sich auf der niedrigsten Stufe der Lohnsätze des gesamten Bergbaus bewegen. Arbeitsmarktpolitisch ist der Spruch erst recht nicht zu verstehen. Wenn in der Schlichtung weiter so verfahren wird, wie das bisher geschehen ist, dann braucht man sich über die Stimmung im Lande nicht zu verwundern.

Bei den Nachverhandlungen, die am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben die Bergarbeitervertreter dringend vor einer Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruchs gewarnt. Hoffentlich kommt der Reichsarbeitsminister zur Einsicht und lehnt den Verbindlichkeitsantrag der Arbeitgeber ab. Die Bergarbeiter Oberschlesiens erwarten das von ihm.

SPD. Für den Pfälzer Weinbau ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen Lohnabbau bei den Spitzenlöhnen ab 1. Januar um 3 Pfennige und ab 1. März um weitere 2 Pfennige - insgesamt um rund 8% - vorsieht. Gefordert war von den Arbeitgebern ein Lohnabbau um 23% - ein unverantwortliches Verlangen, da der Spitzenlohnempfänger bisher 62 Pfennige pro Stunde erhielt und das Geschäft sich in der jüngsten Zeit nach den Mitteilungen der Unternehmerfachorgane wesentlich belebt hat. Sowohl die Weinbergspachtpreise wie die Weinpreise ziehen an.

Der Schiedsspruch bleibt wohl hinter den Forderungen der Arbeitgeber beträchtlich zurück, trotzdem ist er eine höchst ungerechte Entscheidung. Der Deutsche Landarbeiterverband hat ihn mit Entschiedenheit abgelehnt und man darf erwarten, dass der Schlichter diese Ablehnung respektiert.

SPD. Von einem "Massenansturm der Ausgesteuerten" auf die Kommunen ist in einem Teil der Presse im Zusammenhang mit der Neuregelung der Krisenfürsorge die Rede. Man spricht davon, dass am 17. und 24. Januar die auf Grund der alten Verordnung Unterstützten zu einem grossen Teil aus der Krisenfürsorge auscheiden. Das trifft nicht zu, da die für die beiden genannten Tage vorgesehenen Auslaufsfristen durch Weitergelten der Höchstbezugsdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März verschoben wurden.

SPD. An der Sieg sollen verschiedene Gruben stillgelegt werden. Die Stilllegungsverhandlungen, die dieser Tage in Wissen geführt wurden, hatten folgendes Ergebnis: Die Grubenvereinigung Wissen wird am 17. und die Grube Silberwiese am 31. Januar vorübergehend stillgelegt. Vollständig stillgelegt werden am 1. Februar die Eisensteingrube St. Andreas und die Grube Friedrich bei Niederhövels.

SPD. Vom Schlichter für Niedersachsen ist auf Antrag der Arbeitgeber der Schiedsspruch für die bremische Metallindustrie (Landgebiete) für verbindlich erklärt worden.

Wirtschaft Technik Handel

Generalreinigung im Lokomotivbau.

Der Abschluss der Konzentrationsbewegung.

SPD. In den letzten Dezemberwochen und zu Beginn des neuen Jahres sind im Lokomotivbau zwei Aktionen durchgeführt worden, die als Abschluss der Konzentrationswelle in dieser Industrie gelten können.

Die seit dem Ende der Inflation anhaltende Dauerkrise in dieser Industrie sowie die vorhandene Ueberschusskapazität der in Deutschland arbeitenden 20 Werke hatte zur Folge, dass seit dem Sommer 1928 eine wenn auch reichlich späte, so doch entschieden wirksame Selbsthilfeaktion der Lokomotivindustrie gegen die vorhandene Uebersetzung der Betriebe einsetzte. Diese Aktion hatte zur Folge, dass von den 20 Werken im Laufe der letzten zwei Jahre zehn Fabriken durch sogenannten Quotenverkauf ihren Anteil am früheren Lokomotivkartell verkauften und damit aus der Reihe der Lokomotivfabriken ausschieden. So belastend diese Zusammenlegung der Werke und die damit verbundene Stilllegung von Betrieben auch für die Arbeiterschaft und die Angestellten war, so fand doch diese Aktion ungeachtet der vielfachen Härten auch die grundsätzliche Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter, die sich darüber im klaren waren, dass ein weiteres Anhalten der Dauerkrise schliesslich noch schwerere Rückschläge für die Lokomotivarbeiter nach sich ziehen musste als die Rationalisierung. Es muss dabei festgestellt werden, dass bei verschiedenen Werken so z.B. bei dem Linke-Hofmann-Konzern in Breslau die Stilllegung des Lokomotivbaus keine schwerwiegenden Folgen für die Arbeiterschaft zeitigte, da dieses Unternehmen durch verstärkte Aktivität im Waggonbau einen Ausgleich schaffen konnte und auch infolge des chronischen Arbeitermangels in der Lokomotivabteilung dort seit langem schon nur noch wenige hundert Mann beschäftigt waren.

Trotz dieses nicht zu bestreitenden Erfolges der Rationalisierung durch die Ausschaltung von 10 Werken war die Leistungsfähigkeit der übriggebliebenen Lokomotivbetriebe Anfang Dezember vorigen Jahres immer noch so gross, dass für diese Werke keine Rentabilitätsaussichten bestanden. Unter diesen Umständen hat auch die deutsche Reichsbahn, die als grösster Kunde an der Rationalisierung des Lokomotivbaus natürlich ein grosses Interesse hatte, den Abschluss ihres 3-Jahres-Vertrages über Gebühr hinausgezögert und als sogenannte "Hoflieferanten" auch nur die leistungsfähigsten und stärksten Werke wie Henschel & Sohn in Kassel, Krupp in Essen, Schwartzkopff und Borsig in Berlin sowie die Hanomag vorgesehen.

In der zweiten Dezemberhälfte erfolgte überraschender Weise ein Zusammenschluss von Borsig und der Lokomotivfabrik des AEG-Konzern in Hennigsdorf auf der Basis, dass beide Mutterunternehmen ihre Lokomotivbetriebe zusammen in eine neue Betriebsgesellschaft "die Borsig-AEG-Lokomotivbau G.m.b.H." einbrachten, und künftig der Hauptbetrieb in Berlin-Tegel in den Borsigbetrieben konzentriert wird. Die Fabrik Hennigsdorf bleibt zunächst als Nebenabteilung bestehen. Damit war in der besonders stark übersetzten Berliner Lokomotivindustrie, wo ausserdem noch Schwartzkopff sowie Orenstein & Koppel existieren, ein weiterer Fortschritt in der Konzentration erzielt worden. Am Donnerstag nun ist zwischen dem stärksten Konzern in dieser Industrie, der Henschel & Sohn A.G. in Kassel und der Hanomag in Hannover ein Vertrag abgeschlossen worden,

wonach die Hanomag ihre bisherige Lokomotivquote von 12% an Henschel & Sohn verkauft und nach Abwicklung der laufenden Aufträge ihren Lokomotivbetrieb einstellen wird. Die Hanomag wird sich künftig auf den mit grossem Erfolg betriebenen Automobilbau sowie den Dampfkessel- und Traktorenbau beschränken. Da das Unternehmen bei einem Umsatz von etwa 42 Millionen Mark im letzten Jahr hiervon knapp 2% im Lokomotivbau erzielte, ist dieser Betrieb für das Gesamtunternehmen auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Dieser Betrieb war im Gegenteil eine seit Jahren fliessende Verlustquelle, welche die Rentabilität des Gesamtunternehmens aussichtslos machte.

Mit diesen beiden letzten Aktionen zwischen Borsig und der AEG sowie Henschel-Kassel und der Hanomag kann die Konzentrationsbewegung in der Lokomotivindustrie als abgeschlossen gelten. Von den 20 Werken, die noch im Jahre 1928 sich durchschleppen mussten, sind jetzt im ganzen noch 8 Werke übriggeblieben. Diese Werke sind: Henschel & Sohn in Kassel, die fast 40% des gesamten Lokomotivbaus auf ihre Betriebe vereinigen, Borsig-AEG mit einer fast 20%igen Quote und Krupp und Schwartzkopff als dritt- und viertstärkster Partner. Der Orenstein & Koppel-Konzern, der offiziell noch auf der Liste der Lokomotivbauer geführt wird, scheidet nach den letzten Vereinbarungen voraussichtlich auch für Reichsbahnlieferungen aus, und wird auf dem Gebiete des Waggonbaus entschädigt. Neben den 4 grossen Lokomotivkonzernen existieren dann ausser der Schichau A.G., die durch Reichssubventionen gehalten wird, noch zwei süddeutsche Werke Krauss - Maffei in München und die Maschinenfabrik Esslingen. Ob sich bei den letzten Werken noch ein Zusammenschluss ergibt, muss abgewartet werden. Jedenfalls hat die jetzt so gut wie abgeschlossene Zusammenschlussbewegung in der notleidenden Lokomotivindustrie ein Ergebnis gehabt, das einen wirtschaftlichen Betrieb möglich macht. Damit würde auch der Teil des alten Stammes der Belegschaften, die in den zusammengelegten Betrieben bisher durchgehalten wurden, aus der drückenden Existenzunsicherheit der letzten 6 Jahre endlich herauskommen.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung bringt in seinem letzten Wochenbericht eine Untersuchung über die Ursachen der Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft des letzten Jahres. Die Untersuchung errechnet einen Gesamtumsatz der Bauwirtschaft von 7,1 Milliarden Mark im Jahre 1930. Damit blieb das Ergebnis um rund 1,8 Milliarden oder 25% hinter dem Vorjahr zurück. Dieser Rückschlag auf dem Baumarkt ging zu Lasten der Industriebauten wie auch des Wohnungsbaus und der öffentlichen Bauten.

Der gewerbliche Bau, dessen Produktionswert in den letzten Jahren durchschnittlich ein Drittel der Umsätze in der Bauwirtschaft ausmachte, ist um 300 Millionen oder 10% eingeschränkt worden. Der Wohnungsbau ging um etwa 500 Millionen oder 15% zurück, und die Bautätigkeit der öffentlichen Wirtschaft hatte infolge der katastrophalen Finanzlage den enormen Rückgang von 37% auszuweisen. Die Aussichten für das neue Jahr werden vom Konjunkturforschungsinstitut als nicht günstig bezeichnet. Im Gegenteil muss im gewerblichen Bauwesen nach den vorliegenden Planungen mit einem weiteren Rückgang gerechnet werden. Eine wirksame Belebung kann auf diesem Gebiet erst dann erwartet werden, wenn sich die Konjunktur ganz allgemein bessert. Die Lage bei den öffentlichen Finanzen wird auch in diesem Jahr voraussichtlich eine stärkere Betätigung der öffentlichen Hand unterbinden. Das gleiche gilt für den Wohnungsbau, da die Verringerung der verfügbaren Hauszinssteuermittel drosselnd wirkt.

SPD. Zu den wenigen Spezialindustrien, denen die Krise des letzten Jahres nichts ausgemacht hat, gehört auch die Spielkartenindustrie. So wird der führende Konzern in Deutschland, die Vereinigte Stralsunder Spielkartenfabriken A.G. für das am 30. September abgeschlossene Betriebsjahr die hohe Dividende von 15 gegen 18 % im Vorjahr ausschütten. Nach den Mitteilungen der Betriebsrats=
sitzung haben sich auch die ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres be=
sonders im Export befriedigend entwickelt.

SPD. Die deutsche Zahlungsbilanz, die den gesamten Aussenhandel, den Kapitalverkehr und die Dienstleistungen des Auslandes und an das Ausland zusammen=
fasst, wird im letzten Jahr durch drei Vorgänge entscheidend beeinflusst. Wie das Institut für Konjunkturforschung feststellt, schliesst die Handelsbilanz mit einem Ausführüberschuss Deutschlands in Höhe von 1,5 Milliarden Mark ab. Im vorhergehenden Jahr war die Handelsbilanz ausgeglichen. Der Aktivsaldo aus dem Warenhandel und den Dienstleistungen der zusammen rund 1,9 Milliarden Mark be=
tragen dürfte, bleibt aber noch um rund 1 Milliarde hinter dem Passivsaldo aus Zins=
und Reparationszahlungen an das Ausland zurück. Die "Ausfuhr" kurzfristi=
gen Kapitals, die durch die Kapitalflucht aus Deutschland sehr beeinflusst wur=
de, beträgt mindestens 1,25 Milliarden Mark. Sie war überwiegend durch die politischen Ereignisse nach den Septemberwahlen bestimmt, die auch die Zurück=
ziehung starker ausländischer Guthaben in Deutschland veranlasste. Im ganzen genommen aber war die Kapitaleinfuhr nach Deutschland im letzten Jahr um rund 1 Milliarde höher als die Kapitalausfuhr. Im Jahre 1929 betrug der Ueberschuss an Kapitaleinfuhr 2,9 Milliarden Mark.

SPD. Für den Bau von Stahlwerken in der südafrikanischen Union sind führende Fachleute aus Deutschland herangezogen worden. Als technischer Leiter für den Bau der neuen Stahlwerke ist Dr. E. Kerl, ein bekannter Stahlfachmann, verpflichtet worden. Ausserdem wurden 4 andere deutsche Fachleute von dem süd=
afrikanischen Stahlwerkskonzern angestellt.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(15. Januar.)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,10 bis 1,30, Rote und Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,40, andere gelbfleischige Kartoffeln (ausser Nierenkartoffeln) 1,50 bis 1,80 Mark. Fabrikkartoffeln 6 Pfennige je Stärkeprozent.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 15. Jan.: I. 131 Mark, II. 121 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

Fest bei kleinen Umsätzen.

Berliner Getreidebörse vom 15. Januar.

SPD. Gerüchte, nach denen eine Wiedereinführung der Einfuhrscheine in Aussicht steht, hatten am Donnerstag eine starke Befestigung der Tendenz an der Berliner Produktenbörse zur Folge. In erster Linie wurde Hafer beeinflusst, der seine Preislage am Zeitmarkt um etwa 4 Mark festigten konnte. An effektiver Ware ist das Haferangebot fast völlig vom Markt verschwunden. Aber auch die Käufer hielten sich in Anbetracht der stark erhöhten Forderungen sehr zurück. Weizen gewann im Zeithandel etwa 2 bis 3 Mark, Roggen 1 bis 2 Mark. In gleichem Umfange bewegten sich auch die Preissteigerungen für promptes Brotgetreide. Dabei war das Angebot erheblich kleiner und die Umsatztätigkeit nicht gross. Mehl hatte weiter sehr stilles Geschäft.

	<u>14. Jan.</u>	<u>15. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	252 - 251	254 - 256
Roggen	151 - 154	151 - 154
Braugerste	199 - 213	199 - 213
Futter- und Industrierogste	188 - 194	188 - 194
Hafer	135 - 142	137 - 144
Weizenmehl	29,25 - 36,50	29,25 - 36,50
Roggenmehl	23,25 - 26,25	23,25 - 26,25
Weizenkleie	10,25 - 10,50	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 274 (Vortag 271), Mai 283½-284 (280¼), Juli 288 (285½). Roggen März 176-175½ (175), Mai 182½-182 (180¼), Juli 184¼ (183½). Hafer März 156-154½-154¼ (152), Mai 164½-163½ Brief (160), Juli 170½-169 Brief (167).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 15½, Kl. A 60 g 14½, Kl. B. 53 g 13½, Kl. C. 48 g 11 frische Eier Kl. B. 12, aussortierte kleine und Schmutzeier 9 - 9½. Auslandseier: Dänen 18er 15½-16, Holländer 60-62 g 13¾ - 14¼, 57 - 58 g 13-13½, Rumänen 10½ - 11½, kleine, Mittel- und Schmutzeier 8 - 8½. In- und ausländische Kühlhauseier: Grosse 11½, normale 9½-10, kleine 8.- Kalk-eier: Grosse 10, normale 9. Witterung: Frost. Tendenz: ruhig.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 16. bis 22. Januar: für A-Milch 17,6 Pfg., für B-Milch 10,6, für tiefgekühlte Milch 18,1 Pfg., für molkereimässig bearbeitete Milch 19,35 Pfg. je Liter. Die A-Milchmenge ist für dieselbe Zeit auf 90 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 4

Berlin, den 15. Januar 1931

Angriffe auf Frauenrechte.^x

SPD. Die Frauenbewegung unsrer Tage ist unversehens in einen Abwehrkampf gestellt worden, von dessen Ausgang nicht nur die Existenz der Bewegung an sich sondern auch die gesamte persönlich=menschliche, politische, rechtliche und kulturelle Stellung der Frau überhaupt im gesellschaftlichen Leben der Zukunft abhängen wird. Was jetzt geschieht, geht alle Frauen an!

Die Septemberwahlen des vergangenen Jahres brachten, zweifellos unter Beteiligung zahlreicher völlig ahnungsloser weiblicher Wähler, ein ungeahntes Anschwellen der Nationalsozialisten. Mit einem bisher noch kaum dagewesenen Zynismus findet sich diese Partei in den Aeusserungen ihrer Führer bereit, alle schwer erkämpften Errungenschaften der Frauenbewegung, ja, die letzten Reste menschlicher Selbstachtung der Frau zu vernichten. Die deutschen Plagiatoren Mussolinis vom Schlage der Hitler, Goebbels, Feder übernehmen fast wörtlich das Rezept, das sich der italienische Faschismus zur Lösung der Frauenfrage verschrieben hat. Man braucht nur das Programm des vom Duce besonders protegierten "fascio femminile" des Gesamtverbandes der italienisch=faschistischen Frauenorganisationen, zu lesen und daneben die Richtlinien der "Schwesternschaft der deutschen Hitlerjugend" oder irgend eine der sich mit dem Frauenproblem beschäftigenden Auslassungen der Nazigrößen zu halten, um festzustellen, wie fatal sich alles dies ähnlich sieht, und welche verachtete, untergeordnete Rolle der Frau im "Dritten Reich" zugeordnet ist. Die Frau hat hier wie dort lediglich Pflichten, vor allem die, möglichst viele Kinder in die Welt zu setzen und "Weibchen zu sein, dessen Hauptinteresse und =aufgabe darin besteht, den Mann anzulocken und zu fesseln". Dieser Rückstoss in eine orientalische Wesensbestimmung der Frau wird ergänzt durch die Forderung des blinden Gehorsams gegenüber dem Manne und Vorgesetzten, durch die systematische Herbeiführung einer sklavischen Rechtlosigkeit. "Man muss sich", so erklärte kürzlich einer der prominenten italienischen Führer, "im Faschismus endlich entschliessen: zur Verachtung der Frau". Und zur Wonne aller deutschen "Spiessbürger" haben sich die deutschen Nachbeter Mussolinis bereits kräftig in dieser Richtung entwickelt.

In diesen Tagen stellt sich nun der faschistischen Reaktion ein gefährlicher Bundesgenosse an die Seite. Der Papst, die römisch=katholische Kirche, streckt im Schatten des Faschismus die Hand aus, um auf vorbereitetem Boden die Saat zu säen. Wie einst im klassischen Rom der Antike der Alarmruf "Hannibal ante portas" das Volk von Rom aus seiner Trägheit aufwühlte, so muss uns der Ruf "Rom vor den Toren!" ein Warnungssignal in letzter Stunde sein. Die kürzlich erlassene päpstliche Enzyklika in ihrer seltenen Eindeutigkeit zeigt, wie sicher sich der vatikanische Rom Arm in Arm mit den Römlingen Mussolinis in allen Ländern fühlt auf dem Wege, allen Fortschritt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens zu vernichten. Die Enzyklika ist nur ein Anfang, und die absolute Diktatur ihrer Thesen lässt noch weit schärfere Rückstösse nach mittelalterlichen Bindungen hin erwarten. Hinter der "Verteidigung der christlichen Ehe" verbergen sich eine Unmenge gefährlichster offener und versteckter Angriffe auf Frauenrecht und die Errungenschaften der Frauenbewegung, der Wissenschaft der modernen Kultur. Der Papst verdammt - um nur einiges herauszugreifen - jede vernünftige Geburtenregelung und verlangt, wie Mussolini, uneingeschränkte Geburtenvermehrung. Selbst die Forderungen der Eugenik, die Verhinderung von

Missgeburten, sogar die Schwangerschaftsunterbrechung wegen gesundheitlicher Gefährdung der Mutter werden verworfen. Diese Forderungen werden sich - und das ist für uns das Beachtlichste - in der Art eines negativen Privilegs, eines gefährlichen Ausnahmerechtes, gerade gegen die Aermsten der Armen, die proletarischen Frauen richten, für die schon der § 218 eine ganz besondere Schikane bedeutet. Der verheirateten Frau wird jede Selbstbetätigung in wirtschaftlicher Beziehung untersagt, ohne in der bekannten beispiellosen Weltfremdheit danach zu fragen, ob nicht die Frau aus bitterster Notwendigkeit zum Mitverdienen gezwungen ist. Desgleichen sollen sich verheiratete Frauen auch nicht in die politischen Angelegenheiten der Männer einmischen, als ob die res publica, die öffentliche Sache, nur Männerangelegenheit sein könne.

Dieser Schritt des Papstes bedeutet natürlich eine gefährliche Verstärkung der reaktionären Flut. Wir sozialistischen Frauen stehen in diesem Abwehrungskampfe so gut wie allein. Wir werden aber mit unserm unerschütterlichen Willen, Frauenrechte und Frauenschutz zu verteidigen und unsre Gedanken in die Köpfe und in die Herzen von Millionen von Frauen zu tragen, die reaktionären Angriffe zunichte machen.

Margarete Starrmann-Hunger, m. d. R.

Ein neuer Frauenlob.^x

SPD. Dem deutschen Volke ist ein neuer Frauenlob erstanden. Zwar heisst er nicht Heinrich, sondern Erich. Er kommt auch nicht aus Meissen, sondern er lebt in München. Indessen sind ja auch in München schon vielen Frauen Loblieder gesungen worden. Man denke nur an die schöne Lola Montez, deren zierliche Pantöfelchen nicht nur München, sondern das ganze hochgepriesene Königreich Bayern regierten!

Wir haben oft gehört, dass das Christentum die Frauen aus Unterdrückung und Knechtschaft befreit habe. Wir waren zwar nicht ganz dieser Meinung. Aber so energisch wie der neue Frauenlob, namens Erich Ludendorff, hat wohl noch niemand nachgewiesen, wie grundfalsch diese Meinung ist.

Die jüdisch=christliche Auffassung, dass die Frau der Gewalt des Mannes untertan sein müsse, dass sie in der Gemeinde zu schweigen habe, hat sich "der folgerichtige Vertreter des Christentums, der Jesuit", zu eigen gemacht. Der Jesuit aber ist für den neuen Frauenlob die nationalsozialistische Arbeiterpartei (!!!). Was will diese "jesuitische, jüdisch=christliche Auffassung" aus der Stellung der Frau machen? "Der Jude hat uns die Frau gestohlen durch die Form der Geschlechtsdemokratie". Die Nationalsozialisten werden nie Frauen in Reichstag, Landtag oder in die Stadtverordnetenkollegien schicken, denn die Aufgabe einer Frau ist für sie eine andere. "Die Frau ist von unserm Herrgott zur Liebe und zum Haushalt geschaffen. (Also Lustsklavin und Arbeitstier!) Dagegen ist die Aufgabe des Mannes, für seine Familie zu sorgen und Zeit seines Lebens zu kämpfen. Die Frauen müssen ihre Männer im Kampf unterstützen, und zwar von daheim aus". - "Es kann niemals eine gesunde Politik im Reiche, in den Ländern und in den Kammern getrieben werden, solange dort Tanten und Basen, mit Brillen auf den Nasen, die Jungfraubünden und Strickstrumpfororganisationen angehören, darin vertreten sind".

Auch der Nationalsozialist Goebbels hält nicht zurück mit Mahnungen an die Frauen. Sie haben nach ihm die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen. Das erscheint ihm "weder roh noch unmodern". Er zieht sogar die Tierwelt zum Vergleich heran. "Die Vogelfrau putzt sich für den Mann und brütet für ihn die Eier aus". Dass die Menschenfrau auch sonst noch allerhand zu tun hat, weiss Goebbels anscheinend nicht. Nach ihm sorgt der Vogelmann für die Nahrung. Sonst "steht er auf der Wacht und wehrt den Feind ab". Kulturaufgaben haben sol-

che Vogel männer natürlich nicht zu erfüllen. Die liegen ja schliesslich auch nicht im Bereich eines Goebbels und seiner Kumpane. Allerdings hat der neue Frauenlob recht, wenn er feststellt, dass trotz dieser Tatsachen Millionen deutscher Frauen "dank ihrer christlichen Erziehung" so wenig stolz haben, dass sie dem Christentum und der N.S.A.P. nachlaufen. Von ihm, dem neuen Frauenlob, aber geht die Befreiung der deutschen Frau aus. (Andere haben dafür bekanntlich gar nichts getan!)

Erst die Gegenüberstellung der jüdisch=christlichen und der deutschen Stellung der Frau in Familie und Volk bringt die wahre Erlösung für die Frauenwelt, meint unser Frauenlob. Tiefe, nie gehörte Weisheit spricht aus Ludendorffs Verkündigung: "Mann und Frau stehen in dieser lebendigen Einheit des Volkes gleichwertig, aber wesensverschieden nebeneinander". (!) Freilich muss der neue Frauenlob zugeben, dass in seinem "Tannenbergbund" die Stellung der Frau noch nicht den Kampfzielen entsprechend geregelt ist. Aber daran ist er schuldlos. "Zu viel hat christliche Suggestion bei Mann und Frau angerichtet; zu viel muss im einzelnen überwunden und angefacht werden." Ludendorff erwartet, dass auf seine grundlegenden Auffassungen immer wieder eingehend hingewiesen wird. Einzig in seinem Tannenbergbund wird "die deutsche Frau" das erhalten und verlangen können was ihr nach "seinen" Kampfzielen, d.h. nach deutscher Art, zusteht!

Arme Sozialdemokratie! Hat sie nun deutsch gehandelt oder jüdisch=christlich oder international, als sie sich als erste politische Partei für die Gleichberechtigung der Frau einsetzte? Es ist nur ein Glück, dass diese Gleichberechtigung von ihr schon durchgesetzt war, ehe der neue Frauenlob auf dem Kampfplatz erschien. Trotz aller seiner schönen Versicherungen wäre es sonst doch wohl heute noch alte "deutsche" Sitte, dass das Weib dem Manne untertan sein müsste.

A.B.

Das Kind und die Murmeln.^x

SPD. Auf der Treppe begegnete Johannes einem weinenden Kinde. "Warum weinst du denn?" fragte er. "Ich hab' alle meine Murmeln verloren", schluchzte das Kind. Johannes wollte erst lächeln, aber als die Kleine fragend zu ihm aufsah, machte er schnell ein trauriges, kummervolles Gesicht. "Alle Murmeln hast du verloren...", seufzte er. Dann nahm er die Kleine in seine Arme und sagte sehr ernst und sehr freundlich, wie ein grosser, guter Onkel: "Nun sei mal ganz still! Wie heisst du denn?"

"Ulla!" lächelte das Kind jetzt unter Tränen.

"Komm, Ulla!" sagte Johannes geheimnisvoll.

Er wollte ihr erst ein paar Murmeln kaufen, zehn, zwanzig Stück, nicht mehr, als das Kind in den kleinen Händen halten konnte. Im Laden jedoch bezauberte ihn Ullas Freude über die Murmeln so, dass er die kleinen Händchen noch einmal in das Säckchen hineingreifen liess, das der Verkäufer ihr aufmunternd lächelnd hinhielt. Der gute Johannes, der die Einsamkeit kannte und oft genug danach dürstete, beschenkt zu werden, fühlte sich jugendlich glücklich, schenken zu können, mit vollen Händen, Nichtigkeiten zwar, kleine, bunte Kugeln, Murmeln, aber doch - Glück. Und als das Kind ihn ansah, stammelnd vor Freude und leise fragend mit glänzenden Augen, liess Johannes den Verkäufer neue Murmeln bringen und schüttete alle, alle dem Kinde in die Schürze...

Johannes wohnte im Hinterhause, musste also stets über den Hof gehen. Er hatte ihn immer mitleidig betrachtet, doch mit leisem Grauen, wie einen hoffnungslosen Schwindsüchtigen, dem man tunlichst aus dem Wege ging. Seine Daseinsberechtigung konnte dieser Hof nur mit einer Teppichstange und einem Müllkasten beweisen. Dass er aber auch freundlicheren Zwecken zu dienen imstande war, die=

ses erhebende Bewusstsein verdankte Johannes den Kindern, die hier spielten. Im Donnern der Hochbahn, im hupenden, summenden Lärm der Strasse klang ihr Lachen wie von weiten, fernen Wiesen. Johannes sah jetzt öfters in den Hof hinab, wenn die Kinder spielten. Er beobachtete Ulla. Die war glücklich. Am hellsten klang ihr Lachen. Sie war über Nacht eine kleine Berühmtheit geworden, ein kleiner Murrel-Star. Alle Kinder beneideten sie. Ueber die umliegenden Höfe war die Kunde von ihrem Reichtum gedrungen. Die Kleinen kamen und wollten mit ihr spielen. Man riss sich darum. Es war wie bei den Erwachsenen, wenn jemand in der Nachbarschaft das Grosse Los gewonnen hatte....

Ulla spielte mit allen. Sie konnte heute zehn, zwanzig Murreln verlieren; was bedeutete das schon? Sie hatte funfhundert Murreln! So weit konnte sie gar nicht zählen, aber ihr Bruder konnte das. Es hatte ihm Mühe gemacht, und vielleicht hätte er nicht mehr weiterzählen können, wenn es nur noch ein paar mehr gewesen wären; so viele Murreln hatte Ulla. Von ihrer Mutter hatte sie sich einen alten Pompadour schenken lassen, den sie stets bis oben gefüllt hatte. Mit diesem Pompadour kam sie auf die benachbarten Höfe, wo mit Murreln gespielt wurde. "Ulla ist da!" ging dann ein Raunen durch den Kreis der Spielenden. Mit den Tränen Kämpfende, die eben alles verloren hatten, schlichen zu Ulla, die den vollen Pompadour in der Hand trug. "Schenk' mir doch ein paar Murreln!" bettelten sie.

Ulla verlor gleichmütig. Sie gewann, ohne dass ihr Freude über ihren Gewinn anzusehen gewesen wäre. Ihr Pompadour schien sich nie leeren zu können. Als sie einmal nach hartem Kampfe - zehn Murreln gewonnen hatte, packte sie in einer zornigen Anwandlung ihren Pompadour und leerte ihn vor den überraschten Gespielen. Hundert Murreln rollten über den Hof. Ulla aber schritt hocherhobenen Hauptes, etwas hochmütig, über die sich nach ihren Murreln Bückenden hinweg... Ihre Murreln begannen ihr schwere Sorgen zu bereiten. Früher freute sie sich über jede Murrel, die sie gewann; um jede einzige tat es ihr leid, die sie verlor. Heute kam für sie weder das eine noch das andere in Betracht. Um sich freuen zu können, hätte sie wieder funfhundert Murreln gewinnen müssen. Um den Wert einer einzigen schätzen zu können, hätte sie mindestens die Hälfte ihrer Murreln in einem Spiel verlieren müssen. Wer aber konnte mit Ulla konkurrieren?

Immer noch kam Ulla mit ihrem Pompadour auf die Höfe. Aber sie beteiligte sich nicht mehr an dem Spiel der Besitzlosen, die nach einer Stunde vielleicht 20 Murreln gewonnen oder verloren hatten. Sie stand einsam und freudlos, vom Schimmer sagenhaften Reichtums umwoben, neben gleichaltrigen Kindern, die strahlend gewannen und betrübt verloren. Da wurde ihr manchmal der Pompadour so schwer, dass sie ihn nicht mehr tragen zu können glaubte. Nachts träumte sie dann; der fremde Onkel stände vor ihr und schüttete aus einem grossen Sack unahörlich Murreln über sie, 500 und noch viel mehr, bis sie bis zum Halse mit Murreln zugedeckt war und kaum noch atmen konnte. "Hör doch auf; ich ersticke!" wollte sie dann schreien. Aber sie konnte sich kaum noch rühren...

Dann kam Ulla eines Tages mit entschlossenem Gesicht mit allen ihren Murreln auf den Hof. Erwartungsvoll umringte sie das kleine Volk der Höfe. Niemand wusste, was eigentlich geschehen würde. Nur Ullas entschlossenes Gesicht liess ahnen, dass etwas noch nie Dagewesenes sich ereignen würde. Ulla sah plötzlich alt aus. Etwas traurig, wie wenn Halbflügge sich von ihren Puppen trennen. Etwas altklug, weil sie in den Blicken der anderen Kinder das Begehren nach Dingen fand, die ihr gar nicht mehr so begehrenswert erschienen. Einem schwachen Schluchzen tapfer widerstehend, öffnete Ulla ihren Pompadour und verschenkte alle, alle Murreln...

Johannes hatte diesen Vorgang vom Fenster aus beobachtet. "Aber Ulla!" rief er erstaunt hinunter, "was machst du denn da?" Sie wollte ihm erst ein böses Gesicht zeigen. Dann aber lachte sie trotzig und befreit hinauf: "Ich hab' keine Murreln mehr!" Johannes hörte das Befreite, das wiedergefundene Glück ihres Lachens. War darin nicht die Freude über zehn zu gewinnende Mur-

meln und der leise Schmerz über zehn verlorene zu hören? Wenn immer Johannes später gegen die bescheidenen, ausgleichenden Grenzen seines Lebens haderte, dachte er an das Kind, dem er einmal die sieben Murmeln geschenkt hatte. Dann gab er sich zufrieden...

Kurt Rudolf Neubert.

Heringsgerichte.X

SPD. Lieferte uns das Meer den Hering nicht in so unerhört verschwenderischer Zahl, so gehörte dieser silberig schlanke Fisch, ähnlich dem einstmals so gering geachteten Rheinsalm, längst zu den teuren Delikatessen. Wir freuen uns jedenfalls darüber, dass der Hering noch so billig ist, denn wir können ihn auf unserm Küchenzettel einfach nicht mehr entbehren. Er ist sehr nahrhaft und lässt sich in einer Mannigfaltigkeit auf den Tisch bringen, wie kein anderes Nahrungsmittel.

Soll er in seiner populären Form als "saurer Hering" einen zarten Wohlgeschmack entwickeln, so stellt er zunächst zwei Forderungen: Er will ausreichend gewässert und sauber geputzt sein. Aus dem angstvollen Gedränge seiner Tonne entflieht unser Hering zunächst wieder in sein Element, das Wasser. Er will die salzige Lake wieder loswerden. Nach etwa 12 Stunden verlangt er aber, aufgenommen und sorgfältig gereinigt zu werden, um ein weiteres Bad von 12 Stunden zu nehmen, wobei das Wasser zweckmässig öfter erneuert wird. Guten Weinessig haben wir mit wenig Wasser leicht aufgekocht und kalt gestellt. Nun geben wir Pfefferkörner und 1 Lorberblatt hinzu; mehr von dieser letzteren Auszeichnung macht aber den bescheidenen Hering bitter. Eine unerlässliche Beigabe ist ein wenig saure Sahne, die dem Fisch zu einer lockeren Zartheit verhilft. In solcher Marinade, mit Zwiebelscheiben gekrönt, hält er es geduldig 2 Tage aus, um dann mit Pellkartoffeln und Specktunke ein beliebtes Stilleben abzugeben.

Köstlich im Geschmack sind gebackene Heringe. Auch sie müssen vorerst ihre 24 Stunden wässern und sauber geputzt sein. Dann werden sie mit einem Tuche getrocknet, um in Mehl und geriebenem Schweizerkäse gewälzt und gewickelt zu werden. Zum Backen eignet sich am besten ein gutes Oel. Man muss aber sparsam damit umgehen, weil dem Hering sonst seine empfindliche Haut platzt. Diese äusserst schmackhaften Fische vertragen sich ausgezeichnet mit Kartoffelsalat.

Als vollwertiger Fleischersatz hat sich das Heringsfilet eine geachtete Stellung in der Küche errungen. Hierzu wählt man besonders gute Fische, die sorgsam gewässert und gereinigt werden. Die silberglänzenden Körper werden mit einem Tuche gut abgetrocknet und in Milch gelegt. Haben sie hierin geniesserisch einige Stunden zugebracht, so müssen wir sie ihrer Gräten berauben und auch die Häute abziehen. Auf einer Schüssel angerichtet und mit frischer Petersilie garniert, sind sie bestimmt nicht nur lieblich anzusehen.

Noch besser schmecken allerdings Matjesheringe, die sich gegenwärtig zur Verfügung stellen. Dieser fettriefende, zarte Fisch wird abgezogen, entgrätet und in schmale Streifen geschnitten. Er verdient es wirklich, dass man seinetwegen etwas Oel opfert, worin er nämlich erst seinen wahren Feingeschmack entwickeln kann. Er verlangt eben liebevolle Behandlung.

Ladet man Kartoffeln ein, zusammen mit Heringen im Kochtopf Platz zu nehmen, so ergibt das hinterher bei Tisch eine erfreuliche Gesellschaft. Wir werden sie mal zusammenbringen. 3 Heringe müssen 24 Stunden lang wässern, wobei das Wasser, wie üblich, mehrfach gewechselt wird. Dann erst nimmt man sie aus und beraubt sie ihrer Gräten. Gut abgetrocknet werden die Heringe in kleine, gleichmässige Stückchen geschnitten. Von den Kartoffeln kocht man 3 Pfund in der Schale, so lange, dass sie noch ganze, glatte Scheiben liefern. Darauf wird die Gassnellform gut eingefettet, und wir schichten in guter Ordnung die Kar-

toffelscheiben abwechselnd mit den Heringsstückchen, wobei wir nur zu beachten haben, dass die Kartoffeln den Abschluss bilden. Jetzt werden 3 Eier tüchtig verwirrt, mit 3 Tassen Milch vermischt, mit einer Prise Pfeffer überstreut und dann mit dem Schneebesen geschlagen. Tüchtig, bitte! Hiermit übergossen wir unsern Herings=Kartoffel=Bau und überstreuen ihn noch mit gehackter Peterilie. Das ganze Gericht wird etwa $\frac{3}{4}$ Stundenlang überbacken und übernimmt es dann erfolgreich, viele hungrigen Mäuler bei Tisch zufrieden zu stellen.

Lucie Bürgel.

SPD. Vitaminverteilung bei Mann und Frau.^X Von vorn herein nahm man an, dass die Frau, deren Organismus die schweren Anforderungen des Gebärens und Stillens gestellt werden, einen grösseren Vitaminreichtum benötigen würde als der Mann. Dass man mit dieser Annahme nicht fehlging, beweisen Untersuchungen, die bereits während des Weltkrieges ausgeführt wurden, und über die auf der letzten Tagung der Pharmakologischen Gesellschaft in Königsberg berichtet wurde. Man hatte nämlich damals gefunden, dass bei einer durch Vitaminmangel (infolge von Fettnot) auftretenden Augenkrankheit von 330 Erkrankten nur 38 Frauen waren. Diese auffällige Tatsache führt man darauf zurück, dass die Frau in dem hinter der Haut liegenden Fettgewebe, das bei ihr ja so viel stärker ausgebildet ist als beim Manne, einen Vitaminvorrat besitzt, von dem sie in Zeiten der Not zehren kann. Die isolierende Fettschicht kommt den Frauen auch noch in anderer Hinsicht zugute, indem sie gleichzeitig einen Wärmespeicher darstellt, der die Frauen vor Abkühlung schützt. Wir sehen daher auch die Frau im allgemeinen gegenüber Kälte viel weniger empfindlich als den Mann: Das auch im Winter geöffnete, manchmal umstrittene Schlafzimmerfenster beispielsweise geht auf ihre Initiative zurück. Sie ist es, die die (für sie) vernunftgemässe leichte Kleidung durchgesetzt hat; am sommerlichen Badestrände hält es die Frau gewöhnlich viel länger im Wasser aus als der viel schneller sich abkühlende Mann. Auch ihre Triumphe als Kanalschwimmerin verdankt die Frau nicht zuletzt dieser isolierenden, Vitamine und Wärme speichernden Fettschicht!

SPD. Magensteine.^X Bei den Vögeln findet man im Magen Steine, durch die die zermahlende Tätigkeit der dicken Magenmuskulatur verstärkt wird. Wie kräftig die Magenmuskeln bei Vögeln sind, bewies Réaumur; er stellte fest, dass im Magen eines Truthahns Eisenröhrchen plattgedrückt wurden, die einer Belastung von über zweihundert Kilogramm standhielten. Die vielfach aus sehr harten Körnern bestehende Nahrung des Vogels wird zwischen den Steinen zermahlen und so den Magensäften am besten erschlossen; dabei werden die Kanten und Ecken der Steine völlig abgeschliffen. Wie Hesse und Doflein berichten, ist die Aufnahme von Steinen bei den Körner- und Gesämfressern am reichlichsten, entsprechend der bedeutenden Härte und Widerstandsfähigkeit ihres Futters. An den alles fressenden Krähen hat man bemerkt, dass sie bei pflanzlicher Kost mehr Steine aufnehmen als bei tierischer. Auch bei Krokodilen, die einen den Vögeln ähnlichen Kaumagen besitzen, hat man die Aufnahme von Steinen beobachtet.

SPD. Die Schwester der Liebe heisst Treue; die Schwester der Wollust heisst Untreue.

Russisches Sprichwort.